:antifaschistische nachrichten

Nr. 1/2

g 3336 21.1.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Umwelt & Aktiv“-Lesertreffen

Traunstein/Erfurt. Die extrem rechte Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ wirbt in ihrer aktuellen Ausgabe mit einem Interview mit Jürgen Elsässer („Der Geist der Querfront lebt“). Ihr nächstes „Leser- und Autorentreffen“ will die Zeitschrift am 9. und 10. April im „Großraum Erfurt“ durchführen.

Unter dem Motto „Überbevölkerung und Ökologie“ werden als Referenten angekündigt: Der „Junge Freiheit“-Autor Rolf Stolz, Dr. Angelika Willig, der österreichische Publizist Prof. Walter Marinovic, Philip Stein vom Projekt „Ein Prozent“ und Dudo Emy. Für den Abend wird ein „musikalisches und kulturelles Rahmenprogramm“ angeboten.

hma ■

Ab 2016 geschlossen

Duisburg/Bad Pyrmont. Zum 8. Januar hat das Museum „Stadt Königsberg“ in Duisburg für immer seine Pforten geschlossen. Die Sammlungsbestände des Hauses, das von der „Stadtgemeinschaft Königsberg“, der „Stiftung Königsberg“ und der Stadt Duisburg betreut wurde, werden künftig im „Ostpreußischen Landesmuseum“ in Lüneburg eine Bleibe finden.

Seinen Wirtschaftsbetrieb zum 31. Dezember 2015 eingestellt hat auch das „Ostheim“ in Bad Pyrmont. Das ursprünglich von der „Deutsch-Baltischen Landsmannschaft“ und der „Landsmannschaft Ostpreußen“ erworbene Gebäude fungierte jahrzehntelang als Jugendbildungs- und Tagungsstätte. Der Trägerverein „Ostheim e.V.“ wird sich nach dem Verkauf der Immobilie auflösen.

Ein Großteil der Tagungen der „Landsmannschaft Ostpreußen“ soll künftig in anderen Institutionen, so u.a. in der „Politischen Bildungsstätte Helmstedt“ stattfinden.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Köln hat ein Polizei-Problem und kein Flüchtlingsproblem 3

Der Front National berät über seine Strategie 8

4000 gegen Sexismus und Rassismus

Köln. Das „Antifaschistische Aktionsbündnis Köln gegen Rechts“ sieht die Mobilisierung gegen den Pegida Nrw-Aufmarsch am 9. Januar als großen Erfolg. Trotz der nur dreitägigen Mobilisierungszeit kamen – entgegen anderslautender Pressemeldungen – 4000 Menschen auf dem Breslauer Platz zusammen.

Um 12 Uhr begann die Kundgebung. Gleichzeitig gab es auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs auf der Treppe zur Domplatte einen „Frauen-Flashmob gegen Männergewalt“. Ca. 1000 Frauen kamen nach dem Ende des Flashmobs zu der Kundgebung von „Köln gegen Rechts“ und wurden dort begeistert begrüßt.

In zahlreichen Reden – ausschließlich von Frauen – wurden dort die sexuellen Übergriffe und Vergewaltigungen an Silvester in Köln verurteilt. Die Rednerinnen machten deutlich, dass sexuelle Gewalt von Männern nicht an Nationalität, Herkunft und Religion gebunden ist. Sie ist auch Teil der bundesrepublikanischen Alltagskultur, sei es auf Festen wie Karneval in Köln oder beim Oktoberfest in München usw. Die Frauen kritisierten in ihren Reden ausdrücklich den Versuch von Pegida und anderen Rassisten/innen, die Empörung über die sexuellen Übergriffe in Köln und anderswo für rassistische Hetze zu instrumentalisieren. Zum Abschluss zogen gegen 17.00 Uhr 1000 Menschen vom Breslauer Platz zum Hans-Böckler Platz.

Auf der anderen Seite des Breslauer Platzes versammelten sich etwa 1300 überwiegend angereiste Pegidas, die ihr Frauen-Weltbild mit Parolen wie „Antifa Hurensöhne“ auf den Punkt brachten. Die Pegida-Versammlung bestand zum größten Teil aus organisierten Neonazis und Hooligans aus dem Hogesa-Spektrum. Viele der Teilnehmer hatten sich alkoholisiert und vermummt in die Menge eingereiht, zeigten den Hitlergruß und trugen trotz Glasverbots Flaschen bei sich, ohne dass die Polizei einschritt. Ganz anders auf der Kundgebung von „Köln gegen Rechts“. Dort wurde penibel kontrolliert. Nach Beginn der Pegida-Demonstration „trieb eine Horde alkoholisierter Hooligans eine gepanzerte Hundertschaft durch die Kölner Innenstadt“ (KStA). Der Demonstrationszug der Nazis wurde dann doch nach etwa 300 Metern von der Polizei wegen Böllerwürfen und Vermummung gestoppt und später aufgelöst.

Trotz der Auflösung war der Polizeieinsatz ähnlich katastrophal wie 2014. Der Kölner Polizei ist es wieder einmal gelungen, eine Erlebniswelt für extrem rechte und gewalttätige Hooligans zu schaffen. Nach dem Stopp des Demonstrationszuges, der zunächst ohne nennenswerte Polizeibegleitung losziehen konnte, bewarfen Hooligans die Polizei eine halbe Stunde mit Steinen, Flaschen und Böllern, ohne dass dies Konsequenzen gehabt hätte. Die anschließende Auflösung ging dann mehr als zaghaft vonstatten. Mehrfach wuschen Polizisten Hooligans die Augen aus, die sie zuvor mit Pfefferspray besprüht hatten.

Zum Vergleich: Obwohl es auf der Kundgebung von „Köln gegen Rechts“ keinerlei Zwischenfälle gegeben hatte,

weiter Seite 3

„Die Rechte“ ohne Facebook

Die Partei „Die Rechte“ beklagt den Verlust ihrer Facebook-Seite. Wegen Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen sei die Facebook-Seite zuerst auf „unveröffentlicht“ gestellt und dann komplett gelöscht worden, meldete „Die Rechte“ am 11. Januar auf ihrer Internetseite. Im Laufe der Jahre hatten sich auf der Facebook-Seite fast 4 000 Gefällt mir-Klicks angesammelt. Gesperrt wurden auch die Facebook-Seiten des Kreisverbands Dortmund, des Landesverbands Sachsen und des Stützpunkts Ostwestfalen-Lippe der „Die Rechte“. *hma* ■

Pfefferspray verteilt

Osnabrück/Halle. Nach den Vorfällen in der Silvesternacht haben extrem rechte Gruppen in zahlreichen Städten die Stimmung genutzt, um auf sich aufmerksam zu machen. Die 2014 in Osnabrück gegründete „Volkshilfe e.V.“, die sich zum Ziel gesetzt hat, „dem deutschen Volk das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder beizubringen“, verteilte an den Bahnhöfen in Osnabrück, Leer, Papenburg und Bielefeld rund 80 Dosen Pfefferspray an Frauen und warb für ihre kostenlosen Selbstverteidigungskurse. In Halle verteilte die identitäre Gruppe „Kontrakultur Halle“ am Hauptbahnhof und am Riebeckplatz Pfeffersprays an junge Frauen. In einem Flugblatt forderte die Gruppe die „sofortige Grenzschließung und Abweisung aller illegalen Einwanderer“, die „Abschiebung aller kriminellen Ausländer nach Verbüßung ihrer Strafe“ und die „Remigration der illegalen Einwanderer in ihre Herkunftsländer“. *hma* ■

Mit Fackeln und Böllern gegen Asylsuchende

Sachsen. Am Vorabend zum Jahreswechsel demonstrierten erneut Nazis gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern gegen eine Unterkunft für geflüchtete Menschen in Laubegast. Anders als noch im Herbst, als sie ohne Anmeldung in dem elbnahen Stadtteil protestieren konnten, war die von rund 120 Menschen besuchte Veranstaltung am Mittwochabend kurzfristig vom Prohliser NPD-Ortsbeirat René Despang angemeldet worden. Vom Startpunkt vor der geplanten Unterkunft ging es für die rund 120 Menschen in Polizeibegleitung zweimal die Österreicher Straße entlang bis zu einem Einkaufsmarkt. Trotz der anwesenden Polizei ließen es sich etliche der teilweise vermummten Teilnehmer dabei nicht nehmen, immer wieder Böller, Raketen und Fackeln anzuzünden. Gegenproteste gab es keine.

Im Vorfeld war nach etlichen Wochen der Ruhe auf Plakaten und im Internet für eine Teilnahme an der Veranstaltung geworben worden. Auffällig war die große Beteiligung der lokalen Kameradschaftsszene an den Protesten, die sich an diesem Tag zum wiederholten Mal für das Fronttransparent verantwortlich zeigten. Neben der Laubegaster Initiative „Nein zum Vier-Sterne-Heim“ beteiligten sich am 30.12. erneut Personen aus der Übigauer Bürgerinitiative an der Demonstration. Wie angespannt die Situation derzeit ist, hatte ein durch Unbekannte anonym im Viertel verbreitetes Flugblatt deutlich gemacht, in dem die Unterstützer einer Laubegaster Willkommensinitiative mit ihren Adressen veröffentlicht worden waren.

Obwohl auch heute wieder Nazis aus Dresden indirekt zu Protesten vor Asylunterkünften aufgerufen haben, plant die Dresdner Polizei aktuell keine „besonderen Maßnahmen“ zum Schutz vor rechten Silvester-Randalen.

„Der Polizeidirektion Dresden liegen bis jetzt keine konkreten Hinweise auf ein größeres Gefahrenpotential für die kommende Silvesternacht vor“, begründete Sprecherin Jana Ulbricht diese Zurückhaltung gegenüber der Dresdner Neuesten Nachrichten. Etwas anders sieht die Situation im Leipziger Stadtteil Connewitz aus, dort war nach den Ausschreitungen am Rande eines rechten Aufmarsches Mitte Dezember ein generelles Versammlungsverbot erlassen worden.

https://www.addn.me/nazis/mit-fackeln-und-boellern-gegen-asylsuchende-in-laubegast/; 31.12.15 ■

Stadt Velbert schafft Pilgerstätte für Neonazis

Am 9. Januar erhielt die Ratsfraktion von „Die Linke“ in Velbert Kenntnis, dass auf dem städtischen Friedhof Hohlstraße (Velbert-Langenberg) erst kürzlich eine Grabplatte für den NS-Außenminister und Hauptkriegsverbrecher Joachim von Ribbentrop installiert wurde. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, Landesvereinigung Nordrhein Westfalen, schließt sich den dagegen gerichteten Protesten an und fordert energisch, die Ribbentrop-Ehrung zu entfernen.

Zur Erinnerung: Von Ribbentrop wurde im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess von den Alliierten zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 am Galgen hingerichtet. Seine Asche wurde in der Isar verstreut. Grabstätten von Nazigrößen wurden damals zur Vermeidung von Märtyrerbildung gesetzlich verboten, vor allem, um Pilgerstätten für Alt- und Neonazis zu verhindern.

Nicht so in Velbert. Hier werden diese Möglichkeiten 71 Jahre nach Kriegsende neu geschaffen.

Die Existenz dieser neu in Velbert-Langenberg aufgetauchten Grabplatte wurde von einem engagierten Bürger ans Licht gebracht, der von der Stadt dazu nach eigener Aussage keine befriedigenden Antworten erhielt. Daher fragt „Die Linke“ in Velbert in Berufung auf ihr Informationsrecht als Ratsfraktion nun offiziell den Stadtrat in Velbert: „Wie kommt es dazu, dass eine Grabplatte mit dem Namen des verurteilten NSDAP-Kriegsverbrechers Joachim von Ribbentrop auf dem Friedhof Hohlstraße in Velbert-Langenberg liegt?“

Vertreter der Partei „Die Linke“ in Velbert teilten uns weiterhin mit: „Dieser Skandal ist kein Einzelfall. Statt Gräueltaten des Faschismus aufzuarbeiten und Ursachen neuen Unheils zu bekämpfen, werden in unserer Stadt weiterhin Straßen nach bekennenden Nationalsozialisten benannt. Seit mehr als drei Jahren fordert die Fraktion Die Linke deren Umbenennung. Statt zu handeln, werden Entscheidungen immer wieder aufgeschoben. Schnell ist man ausschließlich bei Planungen, den Gedenkstein für die Opfer des Faschismus aus dem Stadtbild zu entfernen und in der Versenkung verschwinden zu lassen. Wer heute eine solche Politik betreibt, macht sich mitschuldig am Voranschreiten der Rechtsentwicklung in unserem Land. Darüber sollten sich Bürgermeister, Rat und Verwaltung im Klaren sein.“ *VVN-BdA NRW* ■

Siehe auch:
Kein Nazi-Wallfahrtsort in Velbert-Langenberg
http://www.dielinke-velbert.de/detaildarstellung2114.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=16738&tx_ttnews[backPid]=1854
NS-Verbrecher: Kein stilles Gedenken für Ribbentrop
http://www.derwesten.de/staedte/velbert/kein-stilles-gedenken-fuer-ribbentrop-id11454332.html
Grabplatte mit NS-Inschrift: In Velbert-Langenberg gibt es Ärger um eine Gedenktafel für den NS-Verbrecher Joachim von Ribbentrop
http://www1.wdr.de/studio/wuppertal/nrwinfos/nachrichten/studios158934.html

wurde der abschließende Demonstrationszug zum Hans-Böckler Platz vom ersten bis zum letzten Schritt von einem Polizeispalier begleitet.

Sonja Ziegler, Sprecherin von „Köln gegen Rechts“: „Wir freuen uns, dass so viele Menschen in Köln auf unserer Kundgebung ein deutliches Zeichen gegen Sexismus und Rassismus gesetzt haben und sich der rassistischen Hetze von PEGIDA und Nazi-Hooligans entschieden entgegengestellt haben.

Völlig unverständlich ist uns allerdings, dass es die Kölner Polizei nach dem Fiasko von 2014 scheinbar erneut darauf angelegt hat, den Hooligans einen ereignisreichen Tag zu bescheren.“

„Antifaschistisches Aktionsbündnis – Köln gegen Rechts“ ■

Flashmob der Frauen, Foto: pb

Köln hat ein Polizei-Problem und kein Flüchtlingsproblem

Über die Kölner Vorfälle an Silvester / Neujahr haben unsere Leserinnen und Leser in der Presse viel gelesen. Es gibt bundesweit eine hysterische Diskussion quer durch die Medien und die bürgerlichen Parteien, um das Asylrecht und die Strafgesetze zu verschärfen und sich für die bevorstehenden Wahlen zu rüsten. Dazu kommt noch eine Steigerung rechtsextremer Propaganda und Gewalt, um den Formierungsprozess der AfD und einen gewalttätigen Flügel zu etablieren.

Dieser Beitrag ist keine umfassende Erklärung, sondern der Autor ist ein konkreter Beobachter, als Mitglied im Rat der Stadt Köln und langjähriger Aktivist gegen Rechts. Ich möchte aufzeigen, dass das totale Versagen der Kölner Polizei den Tätern in die Hand spielte und auch noch eine Art Lawine von Anschuldigungen auslöste.

Die Polizei und die Vorgänge an Silvester

Die Kölner Polizei wusste bereits seit 2012, dass die Zahl der Trickdiebstähle, aber auch Sexualdelikte in Köln und insbesondere am Kölner Hauptbahnhof steigt:

„Im Jahr 2015 konnten 1947 nordafrikanische Tatverdächtige ermittelt werden, u.a. in den Deliktsbereichen:

Taschendiebstahl (240 TV)

Raub (85 TV)

Sexualdelikte (10 TV)“

Es gab eine deutliche Steigerung der Delikte mit dem Schlagwort „Antanzen“. Sie stiegen von 2014 von 23 Fällen auf 2015 mit 96 Fällen. Der Behauptung von Justizminister Maas, es handele sich um organisierte Kriminalität, widerspricht die Kölner Polizei in ihrem Bericht (1):

„Klassische Bandenstrukturen konnten trotz intensiver Ermittlung bislang nicht erkannt werden. Die Erkenntnislage deutet vielmehr darauf hin, dass die Einzelpersonen sich regelmäßig in sozialen Netzwerken und an Treffpunkten zur gemeinsamen Begehung von Straftaten verabreden. Längerfristige Strukturen können bislang nicht erkannt werden.“ Die Polizei verweist darauf, dass viele Täter aus Marokko und Algerien kommen. Viele von ihnen sind keine anerkannten Flüchtlinge, sondern viele leben illegal in Deutschland, vielleicht wollen sie hier arbeiten.

In einem sehr interessanten Interview im Kölner Stadt-Anzeiger (2) verweist der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer darauf, dass die Mobilisierung ähnlich verläuft wie bei den gewaltbereiten Fußballfans, um ein gemeinsames Auftreten zu inszenieren. Also Formen, die der Polizei grundsätzlich bekannt sind. Heitmeyer weiter:

„In Köln war eine notwenige Bedingung, dass eine Opfergruppe, die Frauen, markiert wurde. Dies ist nicht hinreichend. Es muss eine kritische Masse von gleichgesinnten Tätern zusammenkommen und der Termin, also Silvester mit den eigenen Elementen wie Lärm, Alkohol, gelockerte Regeln, verdichteter Raum mit schnellem Körperkontakt und Dunkelheit dazukommen.“

Die Kölner Polizei hat im Vorfeld der Einsatzplanung wegen der zunehmenden Diebstähle am Hauptbahnhof die Einsatzkräfte aufgestockt, aber ohne eine konkrete Analyse. Die zweite Fehleinschätzung erfolgte am frühen Abend, als sie nicht erkannte, dass viele junge Männer an den Bahnhof gekommen sind. Sie hat zwar die Domtreppe räumen lassen. Das hat aber nicht zur Entspannung geführt, sondern zur Verdichtung vor dem Hauptbahnhof und den Tätern faktisch in die Hände gespielt.

Faktisch hatte die Polizei keine Strategie und war verunsichert. Eine Augenzeugin mit politischer Erfahrung berichtet, dass der Polizei die Angst ins Gesicht geschrieben stand.

Dazu kommt, dass es seit Jahren immer wieder ein Gerangel gibt, für was ist die Bundespolizei und für was die NRW-Polizei zuständig. Der Einsatz der Bundespolizei im Bahnhof muss nach vielen Zeugenaussagen auch eine Katastrophe gewesen sein. Zum Glück gab es keine Panik, das hätte auch zu Toten führen können.

Der Kölner Hauptbahnhof ist eine der größten Drehscheiben in Deutschland und braucht in Zukunft ein eigenes Sicherheitskonzept. Auch das müsste der Polizei seit langem bekannt sein. Metropolen verändern sich, konkurrieren miteinander. Walter Siebel schreibt in seinem neuen Buch:

„Das, was das Stadtleben so anstrengend macht, die Allgegenwart des Fremden, ist eine entscheidende Bedingung für die Stadt als kulturell produktiver Ort und birgt zugleich Anlässe für die heftigsten Konflikte.“ (3)

Was sind das für junge Männer der Silvesternacht?

Heitmeyer schreibt: „Die jungen Generationen in Nordafrika befinden sich in einer dramatischen Lage, die sich nicht verändern wird. Eine sehr große Zahl junger Männer kämpft um wenige Chancen gesellschaftlicher Anerkennung über Arbeit. Dadurch entsteht Aggressivität, zumal, wenn es in patriarchalischen Ver-

hältnissen entsprechende Rollenvorbilder gibt mit der Botschaft von der Überlegenheit des Mannes und der Ungleichwertigkeit von Frauen. Als viertes kommt hinzu, dass die Kommunikationsmittel die Verlockungen des Westens zeigen. Sie haben nichts zu verlieren – außer Elend und Hoffnungslosigkeit. Resignation ist eine Reaktion, dem gegenüber sind Gewalt und Radikalisierung dann attraktive Quellen von Anerkennung. Auf wessen Kosten auch immer – und da sind Frauen das schwächste Opfer."

Die Kölner Polizei und rechte Gewalt

Am Samstag nach der Silvesternacht demonstrierten zum dritten Mal Sturmtruppen von Hogesa und andere Rechtsextreme unter dem Schutzmantel von Pegida am Kölner Hauptbahnhof. Sie wollten die Kölner Silvesternacht politisch ausschlachten. Und es gab ein Schlüsselerlebnis für die Kölner Polizei. An der Spitze der Demonstration griffen ca. 100 gewalttätige Hogesa-Leute die Polizei mit Raketen, Flaschen und Steinen an. Statt diese Leute einzukreisen und festzunehmen, um endlich mal die Personalien festzustellen, wurde die Demonstration mit Wasserwerfern zerschlagen und aufgelöst.

Seit dem Hogesa-Aufmarsch 2014, mit dem Bild des umgestürzten Polizeiautos, hat die Kölner Polizei ein Trauma: Sie hat regelrecht Angst vor diesen Gewalttätern. Für die Hogesa ist das bis heute ein Symbol. Sie haben es der Kölner Polizei 2014 gezeigt, 2015 wollten sie das in Köln „toppen", das gelang ihnen nicht, weil der Protest der Stadtgesellschaft zu groß war, und die Polizei mächtig unter Druck stand. Aber bei ihrem dritten Aufmarsch konnten sie sich wieder mit der Polizei prügeln und ihre Stärke unter Beweis stellen.

Diese Angst der Kölner Polizei hat Folgen. Wenige Tage nach der dritten Hogesa-Demonstration fielen 20 dieser Leute an einem Abend in die Innenstadt ein und griffen wahllos Menschen mit anderer Hautfarbe an. Das ist in Köln eine neue Qualität! Zumal die Hogesa schon einmal eine Veranstaltung zum Gedenken der NSU-Opfer im Sommer letzten Jahres überfallen wollte.

Rechtsfreier Raum in der viertgrößten Stadt in der BRD: Das hat es bisher noch nicht gegeben. Und darf es auch nicht geben, dafür müssen die Staatsorgane und auch die Kölner Polizei sorgen!

Die demokratischen Parteien dürfen sich nicht von der rechtspopulistischen AfD treiben lassen. Danach sieht es im Moment aus. Sogar die Grünen stimmen in diesen Chor mit ein und DIE LINKE hinterlässt ein zerrissenes Bild. Die Verabschiedung der Asylverfahrenbeschleunigungsgesetze muss weiter inhaltlich kritisiert werden.

Jörg Detjen ■

Anemrkungen:
1 Begehung von diversen Straftaten durch eine größere Personengruppe in Köln am 1.1.2016 und 3.1.2016. Bericht des Polizeipräsidium Köln vom 8. Januar 2016
2 „Ende der Gewaltspirale ist nicht in Sicht", Interview mit Wilhelm Heitmeyer im Kölner Stadt-Anzeiger vom 16.1.2016
3 Walter Siebel, Die Kultur der Stadt, Suhrkamp 2015

Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos

In der Silvesternacht auf 2016 waren in Köln und anderen deutschen Städten viele Frauen sexualisierter Gewalt an öffentlichen Plätzen ausgesetzt. Diese Taten müssen zügig und umfassend aufgeklärt werden. Die Schutzlücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung müssen endlich geschlossen werden.

Wir fordern, dass den Betroffenen jetzt alle Unterstützung und Hilfe zukommt, die sie benötigen. Wir stehen solidarisch mit all denjenigen, die sexualisierte Gewalt und Belästigung erfahren und erfahren haben.

Als Feminist_innen1 aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzen wir uns seit vielen Jahren für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und für eine offene und faire Gesellschaft ein, engagieren uns gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt. Dabei haben wir gelernt, wie wichtig es ist, auch gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu stehen. Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen" sind: die muslimischen, arabischen, Schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als „nicht deutsch" verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis2-Frauen sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus3, das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise, sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.

Für diese politischen Lösungen setzen wir uns ein:

1. Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden, einschließlich Therapiemöglichkeiten und besserem, schnellerem Zugang zu Therapieplätzen. Auch die Arbeit von Frauenhäusern muss gestärkt und vor allem finanziell ausreichend abgesichert werden. Alle Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.
2. Die Gesetzeslage muss angepasst werden: Sexuelle Belästigung ist in Deutschland immer noch keine eigenständige Straftat. Und ob eine Vergewaltigung als strafbar gilt, wird zum Beispiel auch daran festgemacht, ob sich die betroffene Person ausreichend zur Wehr setzte.
3. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir möchten dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.
4. Auch eine geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.
5. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.

Für diese gesellschaftlichen Lösungen setzen wir uns ein:

6. Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden. Dazu gehört die Analyse,

Aufarbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden.

7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden. Es darf keine Täter_innen-Opfer-Umkehrung, wie in Form von Verhaltensregeln für Betroffene, und keine Verharmlosung geben.

8. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme „der Anderen": Wir alle sind von struktureller Diskriminierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzulegen.

9. Wer Zeug_in von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen – von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, „Witze" oder Werbung.

Für diese medialen Ansätze setzen wir uns ein:

10. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als „Sex-Gangster" oder „Sex-Mob" beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als „Familien-" oder „Beziehungsdrama" verharmlost werden.

11. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme anerkannt werden. Es muss ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.

12. Das Problem des Sexismus und der sexualisierten Gewalt darf nicht „islamisiert" und damit pauschal einer Religion und ihren – häufig vermeintlichen – Angehörigen zugeschrieben werden. Damit werden mindestens 5 Millionen Menschen in Deutschland unter Generalverdacht gestellt. Redaktionen sollen reißerische und stigmatisierende Deutungen vermeiden, denn diese ziehen konkrete negative Folgen für Mitglieder unserer Gesellschaft nach sich.

13. Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren.

14. Redaktionen müssen vielfältiger werden. Nach wie vor sind nur ein Bruchteil der Journalist_innen in Deutschland nicht-deutscher Herkunft und Berufswege stehen vor allem Menschen mit formal hoher Bildung offen. Männlich, heterosexuell und weiß dominierte Chefredaktionen tragen dazu bei, dass Themen, die andere Geschlechter, Ethnien und Minderheiten betreffen, nicht mit ausreichend Raum und Kompetenz behandelt werden. ■

Verfasser_innen: Kübra Gümüşay, Anne Wizorek, Emine Aslan, Stefanie Lohaus, Teresa Bücker, Keshia Fredua-Mensah, Gizem Adıyaman, Dudu Küçükgöl, Helga Hansen, Kristina Lunz, Nicole von Horst, Antje Schrupp, Sookee, Gesine Agena, Jasna Strick, Yasmina Banaszczuk, Lavinia Steiner, Katrin Gottschalk, Ninia LaGrande, Hengameh Yaghoobifarah, Makda Isak, Melahat Kisi

Der Aufruf kann hier unterzeichnet werden: http://ausnahmslos.org/

Köln. 400 Menschen nahmen am16. Januar an einer Kundgebung „Flüchtlinge gegen Sexismus und Rassismus" teil. 250 beteiligten sich an dem „Flashmob gegen rassistische Gewalt". ***Kein Veedel für Rassismus***

NSU-Prozess
Gerichtspause beendet

Keine Fortsetzung der Befragung der Angeklagten

12.1.2016: Wer heute weitere Aussagen von Zschäpe und Wohlleben erwartete, wurde enttäuscht: Wohllebens Befragung wurde auf Bitte seiner Verteidigung auf morgen verschoben. Die Verteidigung Zschäpe beantwortet Fragen ja ohnehin nur schriftlich und hat anscheinend auch zu den bisher wenigen Fragen des Vorsitzenden noch weiteren Besprechungsbedarf.

Das Gericht verlas daher einige Urkunden, vor allem zur Identifizierung von Fingerabdruckspuren, die zur Überführung von Zschäpe, Wohlleben sowie André Eminger beitragen.

Zunächst ging es um eine „Geburtstagszeitung", die André Kapke von seinen „Kameraden" geschenkt bekommen hatte und die deutliche Hinweise auf deren nationalsozialistische Gesinnung enthält. Obwohl „Wolle" in der Zeitung als Herausgeber genannt ist, hatte Wohlleben in seiner Aussage behauptet, er habe mit der Erstellung der Texte nichts zu tun gehabt. Fingerabdruckspuren beweisen, dass er die Zeitung jedenfalls in der Hand gehabt hat.

Von Beate Zschäpe wurden mehrere Fingerabdrücke in dem Wohnmobil gefunden, in dem sich Mundlos und Böhnhardt am 4.11.2011 nach dem Banküberfall in Eisenach das Leben nahmen. Zschäpe hatte sich also in diesem Tatfahrzeug aufgehalten.

Fingerabdruckspuren von André Eminger schließlich fanden sich zum einen auf einem Protokoll einer Zeugenvernehmung von André und „Susann Eminger" vom 11.1.2007 – die Polizei hatte damals wegen Diebstahls gegen einen anderen Bewohner des Hauses Polenzstraße 2 ermittelt, in dem Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt damals wohnten. Allen Erkenntnissen zu Folge handelte es sich bei der Frau, die in diesem Zusammenhang als „Susann Eminger" aussagte, in Wirklichkeit um Beate Zschäpe – die also von André Eminger gedeckt wurde. Des Wei-

teren fand sich Emingers Fingerabdruck auf dem Mietvertrag für ein Wohnmobil am 22.9.2003 – diese Anmietung passt zum Raubüberfall des NSU auf eine Sparkasse in Chemnitz am 23.9.2013.

Im Anschluss verkündete der Vorsitzende weitere Beschlüsse, mit denen Beweisanträge der Nebenklage abgelehnt wurden, insbesondere zur Vernehmung des ehemaligen V-Mannes Tarif, Michael von Dolsperg geb. See. Das Gericht meint, die Fragen, ob Tarif den THS mit Anleitungen zum bewaffneten Kampf versorgt habe und ob er seinem V-Mann-Führer mitgeteilt habe, dass er nach einer Unterkunft für Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gefragt worden war, hätten mit der Tat- und Schuldfrage in diesem Verfahren nichts zu tun. Für die Opfer des NSU spielt es allerdings eine erhebliche Rolle, ob die Morde des NSU durch eine schnelle Festnahme hätten verhindert werden können. Solche Fragen schieben sich die verschiedenen Institutionen bei der Aufklärung der Morde allerdings immer wieder gegenseitig zu – Aufklärung sieht anders aus.

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/01/12/12-01-2016/

Wohllebens Versuche, sich herauszureden, führen ihn in ein teilweises Geständnis

13.1.2016: Heute wurde der Angeklagte Wohlleben vom Gericht befragt. Wohlleben hatte am 16.12.2015 eine umfangreiche vorbereitete Erklärung verlesen und angekündigt, Fragen zu beantworten (vgl. den Beitrag vom 16.12.2015). Die Befragung durch den Vorsitzenden Richter Götzl musste allerdings gegen 14.30 Uhr unterbrochen werden, denn Rechtsanwalt Klemke gab an, sein Mandant leide an Kopf- und Rückenschmerzen und könne sich nicht mehr konzentrieren. Klemkes Intervention kam kurz nachdem sich Wohlleben auf Fragen zur Beschaffung der Mordwaffe zunehmend um Kopf und Kragen geredet hatte.

Aber von Beginn: Der Vorsitzende beschränkte sich mit seiner Befragung darauf, Unklarheiten der von Wohlleben am 16.12.2015 verlesenen Erklärung nachzufragen. Am Vormittag ging es daher zunächst um den politischen Werdegang Wohllebens, die „Kameradschaft Jena“, den „Thüringer Heimatschutz“ usw. Wohlleben hielt sich mit propagandistischen Aussagen überraschend zurück, bemühte sich vor allem, die Aktivitäten der diversen Neonazi-Gruppierungen als unspektakulär und vor allem als strikt gewaltfrei darzustellen. An ein oder zwei Stellen blitzte dann aber doch der Nazi-Propagandist durch, etwa wenn er auf die Frage nach dem Programm des „Nationalen Widerstands Jena“, der Nachfolgegruppe der „Kameradschaft Jena“, deren Selbstdarstellung verlas und geschichtsrevisionistische Thesen zu den Bombenangriffen auf Dresden verbreitete.

Gegen Nachmittag dann kam der Vorsitzende langsam zum Kern, nämlich zu der Beschaffung der Mordwaffe Ceska für Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt, wegen derer Wohlleben auf der Anklagebank sitzt. Nachdem er anfangs noch betont hatte, er habe gar keine Waffe besorgen wollen und „die Drei“ nur hingehalten, gab er dann doch nach und nach objektive Teile der Vorwürfe zu: Böhnhardt habe ihm gesagt, er solle doch mal im Szeneladen Madleys nachfragen, es könne schon sein, dass er das auch dem Angeklagten Schultze mitgeteilt habe, es könne auch sein, dass er Schultze gesagt habe, der solle sich dort auf ihn beziehen. Und ja, er habe die Waffe mit Schultze zusammen angesehen, auch den Schalldämpfer auf die Waffe geschraubt – er habe sich dabei aber nichts gedacht, sondern das für einen „Gimmick“ gehalten, für ein einfaches Zubehörteil.

Damit schildert Wohlleben einen objektiven Geschehensablauf, der sehr stark der Schilderung Schultzes ähnelt: der hatte angegeben, Wohlleben habe ihn zum Betreiber des Madleys geschickt, wo er die Waffe auch erhalten habe. Dann habe er Wohlleben die Waffe gebracht und der habe ihn damit zu den Dreien geschickt.

Wohlleben streitet weiter ab, irgendwelche Kenntnisse davon gehabt zu haben, was mit der Waffe geschehen würde – er habe gedacht, Böhnhardt wolle sich damit selbst erschießen, er habe deswegen auch nicht mit Schultze oder anderen darüber gesprochen, weil die Suizidpläne eines Freundes kein schönes Thema gewesen seien. Nun vermag ja schon eine Einlassung, die am 251. Verhandlungstag, also nach dem größten Teil der Beweisaufnahme, abgegeben wird, nur schwer Glaubhaftigkeit auszustrahlen – umso mehr, wenn sie sich auf simples Bestreiten beschränkt und daher auch kein nachvollziehbarer verteidigungstaktischer Grund ersichtlich ist, sie nicht zu Beginn der Hauptverhandlung oder sogar direkt nach der Festnahme abzugeben. Wenn dann der Hauptinhalt einer solchen Erklärung direkt an die nur zwei Verhandlungstage zuvor abgegebene Erklärung Zschäpes anknüpft, Böhnhardt hätte sich umbringen wollen, so fällt es bereits schwer, sich mit dieser Aussage überhaupt ernsthaft auseinanderzusetzen. Wohllebens Verteidigungsstrategie setzt offensichtlich darauf, das Gericht für dumm verkaufen zu wollen.

Morgen wird die Befragung durch das Gericht und ggf. durch die anderen Prozessbeteiligten fortgesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob er bzw. seine Verteidigung dann den Versuch unternehmen wird, die Aussage von heute wieder „zurückzunehmen“.

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/01/13/13-01-2016/

German Angst? Ralf Wohlleben beantwortet lieber doch nicht alle Fragen

14.01.2016: Die Fortsetzung der Befragung am heutigen Tag verlief zunächst schleppend. Der Vorsitzende stellte zunächst weitere Nachfragen zu der Erklärung Wohllebens vom 16.12.2015. Im Wesentlichen bestätigte Wohlleben auch heute die zentralen Ergebnisse der bisherigen ihn belastenden Beweisaufnahme. Insbesondere gab er zu, Kenntnis von allen wesentlichen Unterstützungshandlungen für Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos gehabt zu haben – er wusste, wann wie viel Geld für die Untergetauchten gespendet wurde, er wusste, wer diese aufsuchte und Kontakt hatte, er gab an, er sei auch davon ausgegangen, dass die drei in Chemnitz wohnten. Insgesamt zeigte sich also erneut, dass Wohlleben eine sehr wichtige Rolle im Unterstützernetzwerk hatte – die versucht seine Verteidigung seit Beginn des Prozesses abzustreiten, die Beweisaufnahme ergibt aber eben etwas ganz anderes.

Der Vorsitzende beendete seine Befragung nach der Mittagspause. Wenig überraschend hatte die Bundesanwaltschaft keine und die weiteren Verteidiger nur wenige Fragen an Wohlleben. (...)

Mehrere VertreterInnen der Nebenklage machten in anschließenden Erklärungen deutlich, dass die gesamte Aussage Wohllebens um die Ergebnisse der bisherigen Beweisaufnahme herum konstruiert wurde – Wohlleben hatte an einigen Stellen sogar Fundstellen angegeben, an welchen Aktenbestandteilen sich seine Aussage orientiert. Soweit seine Aussage ihn entlasten soll, beschränkt sie sich zudem auf ein reines Leugnen und enthält kaum überprüfbare Angaben. Die Nebenklage kündigte Beweisanträge an, die u.a. seine Angaben zur Ideologie widerlegen werden.

Der verzweifelte Versuch Wohllebens, nach der eindeutigen bisherigen Beweisaufnahme das Ruder noch herumzureißen, ist damit vollständig gescheitert: Er hat objektiv die ihm vorgeworfene Beihilfehandlung zugegeben, sein Leugnen des entsprechenden Vorsatzes wird ihm das Gericht nicht abkaufen. Zudem hat er in der der Befragung an vielen Stellen seine Angaben aus der schriftlich vorbereiteten Erklärung relativiert. So hat er heute angegeben, er habe sich die Waffe gar nicht genau angesehen – in seiner vorbereiteten Erklärung hatte er noch behauptet, die habe ganz anders angesehen als die Tatwaffe Ceska. Die Nebenklage fand auch deutliche Worte für die Darstellungen Wohllebens zur Ideologie, insbesondere zum Versuch, sich selbst und die Nazi-Szene als vollkommen gewaltfrei und als bloßes Opfer von Gewalttaten der linken Szene darzustellen.

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/01/14/14-01-2016 ■

Der Angriff auf Connewitz, das Versagen des Rechtsstaates und die Relativierung der CDU

Leipzig. Das Aktionsnetzwerk „Leipzig Nimmt Platz“ fordert nach den Angriffen am 11.1.2016 den Rücktritt des Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen und eine lückenlose Aufklärung darüber, wie Polizeiinterna im Vorfeld an Neonazis gelangen konnten.

Am Montag versammelten sich mehr als 6000 Menschen in Leipzig, um vielfältigen Protest gegen Rassismus und Hass bei LEGIDA zu üben.

Während viele Leipziger Bürgerinnen und Bürger ein klares Zeichen setzten, kam es in Leipzig-Connewitz zu einem gezielten Angriff durch ca. 300 Neonazis. Dabei wurden mehrere Personen – zum Glück nur leicht – verletzt.

Der Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes folgend, der das Aktionsnetzwerk in eine „extremistische“ Ecke rückte und unfriedliche Aktionen vorhersagte, konzentrierte sich die Polizei auf den Gegenprotest und sicherte den Aufmarsch der Menschenfeinde bei Legida/Pegida, bei dem neben etlichen anderen Rechtspopulisten und Nazis auch der Sänger der rechten Hooliganband „Kategorie C“ auftrat. Durch die polizeilichen Absperrungen wurde der Zugang zur angemeldeten Kundgebung unter dem Titel „Für Weltoffenheit und Toleranz“ am Nordplatz erheblich erschwert. Wiederholt gaben Polizeibeamt_innen wahrheitswidrig an, dass die Kundgebung abgesagt worden sei.

Parallel dazu wurde bekannt, dass es offenbar Verbindungen zwischen organisierten Neonazis und der Polizei gibt. Im Vorfeld der Kundgebungen wurden interne Polizeidokumente veröffentlicht. Das Vertrauen in die grundgesetzlich verankerte Gewaltenteilung wurde erheblich erschüttert.

Bereits Tage zuvor hatten neonazistische Gruppen wie Brigade Halle und Freie Kräfte Dresden zum „Sturm auf Leipzig“ und zur Unterstützung für Legida/Pegida aufgerufen. Anzeichen für organisierte Übergriffe gab es zuhauf. Sie wurden vom Verfassungsschutz ignoriert. Im Verlauf des Abends gab es über verschiedene neonazistische Accounts bei Twitter vielfach Versuche, Aktivist_innen und Politiker_innen einzuschüchtern.

Der Angriff auf Connewitz wurde auch durch die im Leipziger Stadtrat vertretene Partei NPD über Twitter gefeiert.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla antwortete am Tag danach über Twitter auf die Empörung von Justizminister Maas zu den gezielten rechten Anschlägen mit einem Verweis auf linksradikale Gewalt.

Dies ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und eine unglaubliche Entstellung der wahren Zusammenhänge.

Bereits vorher hatte die CDU es abgelehnt, sich gegen Rassismus und Gewalt auszusprechen. Die Teilnahme an der Lichterkette oder anderen Gegenprotesten wurde durch die CDU verweigert.

„Der gestrige Tag macht betroffen. Wir sind vom Ausmaß der Gewalt schockiert. Den Geschädigten gilt unsere Anteilnahme und Solidarität. Dass die Nazis gestern auch den Tod von Menschen billigend in Kauf nahmen, ist ungeheuerlich, ebenso wie die Tatsache, dass die CDU in Gestalt von Frau Kudla diese Gewalt verdreht und relativiert“, erklärt Irena Rudolph-Kokot für „Leipzig nimmt Platz“.

Jürgen Kasek ergänzt für das Aktionsnetzwerk: „Angesichts des Geschehens gestern wird auch das Versagen von Polizei und Verfassungsschutz mehr als deutlich. Ein Verfassungsschutz, der offenbar gezielt versucht, demokratischen Protest gegen Rassismus zu delegitimieren und neonazistische Umtriebe verschweigt und ignoriert, ist eine Gefahr für die Demokratie. Wir fordern die umfassende Aufklärung der Vorgänge und den Rücktritt des zuständigen Leiters.“

Abschließend weist das Aktionsnetzwerk auf das Spendenkonto der Amadeu-Antonio-Stiftung hin, das für die direkten Schäden in Läden und Geschäften eingerichtet wurde:

PM „Leipzig nimmt Platz“, 13.1.16
http://www.leipzig-nimmt-platz.de ■

Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung
GLS Bank Bochum
IBAN: DE75 4306 0967 6005 0000 02
BIC: GENODEM1GLS, Stichwort: Leipzig

Rechter Untergrund

Neonaziverbrechen nehmen zu

Sämtliche Alarmglocken müssten schrillen: Wie die Bundesregierung dieser Tage auf Anfragen der Oppositionsparteien im Bundestag mitteilte, explodiert die Zahl rechtsextremer Straftaten, und weit mehr Neonazis als bisher sind offenbar untergetaucht, um sich ihrer Verhaftung zu entziehen.

Bis Ende November 2015 hatte das Bundeskriminalamt 12.660 Delikte von Neonazis gezählt. Das sind mehr als im gesamten Vorjahr, wo insgesamt 10.541 »rechtsmotivierte« Straftaten erfasst worden waren. Das sind nur Mindestzahlen. Denn zu Jahresbeginn gibt es stets umfangreiche Nachmeldungen der einzelnen Landespolizeibehörden. Im vergangenen Jahr wurden so aus den 10.500 »vorläufig« gezählten letztlich über 17.000 offiziell erfasste Straftaten. Dem Trend des Jahres 2015 zufolge muss nun von einer Steigerung um 30 Prozent ausgegangen werden. Bei den Gewalttaten beträgt die Zunahme sogar 40 Prozent. Nazis werden krimineller, und sie gehen immer häufiger dazu über, sich nicht aufs Hakenkreuzschmieren zu beschränken, sondern zuzuschlagen und insbesondere gegen Flüchtlinge gewalttätig vorzugehen.

Die Zahl offener Haftbefehle gegen Neonazis geht ebenfalls nach oben. 372 polizeibekannte rechte Straftäter entziehen sich derzeit ihrer Festnahme. Ein Jahr davor waren es noch 253. Den Haftbefehlen liegt ein Mix aus Körperverletzung, Diebstahl, Urkundenfälschung, Volksverhetzung usw. zugrunde, darunter 98 Gewalttaten, von denen nur ein kleiner Teil – aus polizeilicher Sicht – politisch motiviert ist. Ein Großteil dieser offenen Haftbefehle erledigt sich erfahrungsgemäß innerhalb weniger Monate, entweder durch ihre Aufhebung oder durch Festnahme der Gesuchten. Bekannt ist aber auch, dass sich rund 100 Neonazis bereits länger als zwei Jahre ihrer Festnahme entziehen.

Verglichen mit der Gesamtzahl rechtsextremer Straftaten sind das keine dramatisch wirkenden Zahlen. Und dennoch: Dass eine dreistellige Zahl an Neonazis, davon mehrere Dutzend gewaltbereite, sich dauerhaft der Festnahme entzieht, muss alarmieren, weil es ein Indiz ist, das auf einen möglichen rechtsextremen Untergrund hinweist. Das wäre ein Fall für das »Gemeinsame Zentrum« von Polizei und Verfassungsschutz zur Bekämpfung der Naziszene, das vor vier Jahren mit großem Pomp als angebliche Lehre aus dem NSU-Skandal geschaffen wurde. Doch was dort tatsächlich getan wird, bleibt der Öffentlichkeit verborgen. Die Länder und die Bundesregierung geizen mit Informationen. Der Frage, ob ein Teil dieses Milieus ganz bewusst untertaucht und sich ein Vorbild an den NSU-Terroristen nimmt, geht man dort jedenfalls »nur im Einzelfall« nach, heißt es. Die Verharmlosung organisierter rechter Gewalt als »Einzelfälle« kennt man aus der langen Geschichte des Versagens und Vertuschens durch den Inlandsgeheimdienst leider zur Genüge.

Quelle: www.ulla-jelpke.de 12.1.2016
Kommentar, 12. 1. 2016, junge Welt ■

Der Front National berät über seine Strategie

Der zeitgenössische antifaschistische Schutzwall, die Maginot-Linie unserer Tage – dieses Mal schien sie zu halten. Ein Aufatmen der Erleichterung ging durch viele Leitartikel und Kommentare, als der Front National (FN) bei den französischen Regionalparlamentswahlen im Dezember keine Exekutivämter übernehmen konnte. Die entscheidende Hürde bildete dabei das französische Mehrheitswahlsystem in zwei Durchgängen: In Kombination mit der Abwesenheit von Verbündeten, die dem FN in der Stichwahl zusätzliche Wählerstimmen zutreiben könnten, verhindert es den Zugang der rechtsextremen Parteien zu institutionellen Machtpositionen. (Vgl. dazu die letzte Ausgabe der AN)

Um seine künftige Optik im Umgang mit diesem realen strategischen Problem zu schärfen, wird der FN nun rund um den 31. Januar 2016 ein Strategieseminar abhalten. Daran werden die führenden Parteifunktionäre und -funktionärinnen teilnehmen. Ebenfalls sein Kommen angekündigt hat ein Nichtmitglied des Front National, das jedoch mit Unterstützung der Partei im März 2014 zum Bürgermeister der südfranzösischen Stadt Béziers gewählt wurde, Robert Ménard.

Bürgerwehr in Béziers

Ménard macht unterdessen auch noch aus anderen Gründen von sich reden: Vergangene Woche fand, am 13. Januar 16, der Prozess vor dem Verwaltungsgericht über die von ihm eingerichtete ‚Garde biterroise' (ungefähr: Bürgerwehr von Béziers) statt. Anfang Dezember 15 hatte Ménard unter Berufung auf den frankreichweit ausgerufenen Ausnahmezustand angekündigt, eine solche Parallelpolizei – man könnte quasi von der Keimzelle einer Miliz sprechen – einzurichten, für die Dauer der Geltung des Notstands. Ihr beizutreten, rief er vor allem pensionierte Polizisten, ehemalige Militärs und frühere Feuerwehrleute auf. Die Zentralregierung, vertreten durch den Präfekten in Montpellier, rief dagegen jedoch die Gerichte an. Am Dienstag, den 19. Januar 16 wird nun das Urteil bezüglich dieses Vorhabens erwartet.

Infragestellung des Sozialdiskurses

Bei dem Seminar soll es aber in erster Linie auch um die Gewinnung zusätzlicher, bislang aus Sicht der Parteiführung des FN noch ungenügend erschlossener Wählerschichten gehen. Genannt werden im Vorfeld ausdrücklich höhere/leitende Angestellte und Rentner/innen. Beide letztgenannte Gruppen wählen bislang zwar rechts, doch weitaus eher bürgerlich-konservativ statt neofaschistisch. Dies möchte die rechtsextreme Partei nun ändern. Aufgeworfen wird dadurch, direkt oder indirekt, aber auch die Frage seiner Positionierung in Sachen Sozial- und Wirtschaftspolitik, also auch die Hinterfragung seines bislang stark auf Sozialdemagogie mit Blickrichtung auf die sozialen Unterklassen ausgerichteten Diskurses zu diesen Themen. Man wird gespannt sein dürfen, wie die FN-Leitung diesbezüglich ihre jüngeren Ergebnisse auswertet.

Zusammensetzung der Wähler/innen/schaft im Dezember 2015

Wie schon bei anderen Wahlen in den letzten 25 Jahren weist der Front National auch bei denen im Dezember 2015 (den jüngst stattgefundenen französischen Regionalparlamentswahlen in allen 13 Großregionen) einen „Unterklassenbauch" auf. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person für den FN stimmt, wächst umgekehrt proportional zum Einkommen sowie – stärker noch – zum Bildungsgrad.

Treffen die Zahlen des Instituts OpinionWay (1) zu, dann stimmten 14 Prozent der höheren Angestellten sowie Angehörigen intellektueller Berufe für den FN, doch 55 Prozent der Arbeiterschaft – sofern sie wählen ging, denn überdurchschnittlich viele Angehörige dieser sozialen Gruppe gingen überhaupt nicht zur Wahl. Beim Institut Ipsos beträgt der Anteil der FN-Stimmen in der Arbeiterschaft hingegen 43 Prozent (2). Bei OpinionWay enthielten sich in dieser Gruppe demnach 51 Prozent der Stimme, laut Ipsos hingegen 61 Prozent; die Zahlenbasis ist also nicht vollständig gesichert, zeichnet jedoch eine Tendenz.

Aber auch 29 Prozent der Unternehmer und Selbständigen votierten demnach für den FN. Von den Befragten mit Hochschulabschluss stimmten derselben Befragung zufolge 14 Prozent für den FN, bei denen mit Abitur 33 Prozent, unter denjenigen ohne Abitur hingegen 45 Prozent.

Allerdings gibt es auch in anderen sozialen Spektren Neuerungen. Denn die Stimmabgabe für den FN nimmt zugleich auch in manchen traditionellen Wohnvierteln der Bourgeoisie wieder zu, wie erstmals bei den Regionalparlamentswahlen 2010 zu beobachten war und sich bei denen von 2015 bestätigte.

Der Pariser Raum ist zwar ein schwieriges Pflaster für den FN, da die ethnisch sehr gemischte Zusammensetzung der Bevölkerung – in Kombination mit hohen Mieten und Wohnungspreisen in der Nähe zum Ballungszentrum – hier zu einer regelrechten Stadtflucht gerade der rechtsorientierten Wähler/innen geführt hat. Letztere siedeln sich bevorzugt in Reihenhaussiedlungen möglichst weit außerhalb sowohl des überteuerten Kernstadtraums, als auch der proletarisierten und stark von Migration geprägten Trabantenstadtzonen an. Im Großraum Paris erhielt der FN deswegen im Dezember 2015 mit 18,4 Prozent ein (an nationalen Verhältnissen gemessen) unterdurchschnittliches Resultat, in der Hauptstadt selbst lag es mit 9,7 % noch erheblich darunter.

Dennoch fällt auf, dass etwa in der von Schwerreichen geschätzten Vorstadt Fontainebleau die FN-Liste mit 18,3 Prozent überraschend ihren regionalen Durchschnitt erreichte, wobei an diesem Ort noch 9,0 Prozent für den nationalkonservativen EU-Gegner Nicolas Dupont-Aignan (im frankreichweiten Schnitt: 3,7 %) auf der Rechten hinzukommen. Und auf Pariser Stadtebene (3) lagen die Ergebnisse der Partei in extrem großbürgerlichen Vierteln, wie dem 8. und dem 16. Bezirk (mit 10,5 % respektive 10,6 %), dieses Mal über ihrem Stadtergebnis. Ein im Vergleich zu früheren Jahren eher ungewohntes Phänomen. Offensichtlich bildet sich also an den konservativen Rändern auch eine Strömung der Sympathie für den Front National auf einem bestimmten Flügel des Bürgertums heraus.

Auf die Dauer wird die extreme Rechte ihr strategisches Problem, das in ihrem Mangel an Verbündeten besteht – aus genau diesem Grund konnte sie auch dieses Mal letztendlich im zweiten Wahlgang nicht die Hürde einer erforderlichen absoluten Mehrheit nehmen, an der sie bereits mehrfach scheiterte (wie bei den Kreistagswahlen im März 2015) –, nur durch Bündnisse mit einem Teil der konservativ-wirtschaftsliberalen Rechten lösen können. Dies würde sie aber in Widerspruch zu ihrem Diskurs gegenüber den sozialen Unterklassen und ihrer derzeit ausgeprägten sozialdemagogischen Programmatik bringen. In dieser Hinsicht hat der Front National die notwendige Quadratur des Kreises bislang nicht geschafft. Und dies bleibt im Augenblick noch das beruhigendste Element.

Haltung zu Regierungsplänen bei Notstand & Ausbürgerung

Strategische Positionierungsprobleme wies der FN in jüngerer Zeit aber auch infolge der mörderischen Attentate in Paris und Saint-Denis auf, die am 13. November 15 stattfanden und daraufhin mehrere Wochen lang die innenpolitische Debatte vollständig beherrschten.

In dieser Situation, und im Grunde bis

heute, schwankte der FN die ganze Zeit über zwischen zwei Linien. Zwischen einer Strategie des Angriffs auf die Regierenden, die angeblich an den Anschlägen mitschuldig seien – unter anderem weil man zu viele Migranten ins Land gelassen habe – und deren „Rücktritt" der FN in den allerersten Tagen nach dem 13. November 15 lautstark forderte, und einem Kurs der „konstruktiven Opposition". Nachdem Staatspräsident François Hollande und Premierminister Manuel Valls zwischen dem 16. und dem 20. November 15 neue juristische Grundlagen für den Ausnahmezustand ankündigten, glitt der Front National zunächst zu einer eher unterstützenden Position hinüber. Am 25. November desselben Jahres trompetete Marine Le Pen dann jedoch in Hayange (einer FN-regierten Kommune in Lothringen/Ostfrankreich) hinaus, die Regierung sei so konzeptlos gewesen, „dass sie sich im Programm des Front National bedient hat, weil sie nur dort fündig geworden ist"; dies komme jedoch zu spät, zu langsam, und die Maßnahmen seien zu unvollständig.

Besonders erpicht ist der FN dabei auf die nun auch durch die Regierung ins Auge gefasste Möglichkeit, Doppelstaatsangehörigkeiten ihre französische Staatsbürgerschaft nachträglich entziehen zu können. Die Regierung plant dies für Franzosen mit doppelter Staatsbürgerschaft und im Falle eines „Verstoßes gegen fundamentale Interessen der Nation", als Anwendungsfall konkret genannt wird eine vorausgehende Verurteilung aufgrund von terroristischer Betätigung oder Beihilfe zu solchen Aktivitäten. Die Parlamentsdebatte über den geplanten Text dazu sowie zum künftigen erweiterten Ausnahmezustand beginnt am 03./04. Februar 16.

Ende Dezember 15 kündigte Florian Philippot als Vizepräsident des FN an, seine Partei könnte für die Vorlage zur Verfassungsänderung stimmen, falls die derzeit heiße Ausbürgerungsregelung (die déchéance de nationalité, wörtlich ungefähr: „Verfall der Staatsbürgerschaft") tatsächlich darin enthalten sei. Darin liegt aus Sicht der rechtsextremen Partei geradezu Herzblut. Denn schon lange ist sie von einer Vision besessen, derzufolge es juristisch möglich sein muss, Menschen aus der französischen Staatsbürgerschaft auszuschließen – und dies keineswegs nur bei verurteilten Terroristen. Im Jahr 1991 hatten der damalige FN-Ideologe Bruno Mégret „fünfzig Eckpunkte zur Einwanderung" vor, in denen die nachträgliche Überprüfung und mögliche Annullierung aller Einbürgerungen seit 1974 – dem Jahr des offiziellen Endes der Einwanderung in Form des „Anwerbestopps" für die Arbeitsimmigration – gefordert wurde. Dies war ziemlich direkt an einen Entschluss des Vichy-Regimes aus 1940 angelehnt – dieser erlaubte die Überprüfung aller Einbürgerungen zurück bis in das Jahr 1927 (dem Jahr des Inkrafttreten eines neuen Staatsbürgerschafts-Gesetzes). In seiner Folge wurden insgesamt 15.000 Personen, meist jüdischen, die französische Staatsangehörigkeit entzogen. In der Regel handelte es sich dabei um Eingebürgerte, in einer Handvoll von Fällen (betreffend etwa den damals in London sitzenden Gegner der Achsenmächte, Charles de Gaulle und andere politische Köpfe der Résistance) jedoch auch um gebürtige Franzosen ohne doppelte Staatsangehörigkeit.

Der FN musste wegen seiner Vorschläge von 1991 heftige Kritik einstecken, blieb jedoch seiner ideologischen Obsession verhaftet. In späteren Wahlprogrammen forderte er immer wieder die Möglichkeit, eine einmal erworbene französische Staatsangehörigkeit wieder entziehen zu können, meist mit vage formulierten Kriterien, die mit Straftaten in Zusammenhang standen – 2002 forderte Präsidentschaftskandidat Jean-Marie Le Pen etwa die Ausbürgerung von Doppelstaatsbürgern durch Frankreich im Falle einer Verurteilung wegen „schwerwiegender Delikte". Im Juli 2010 übernahm erstmals der damalige konservative Präsident Nicolas Sarkozy in seiner berüchtigten Brandrede von Grenoble zum Thema Ausländerkriminalität eine solche Forderung, die allerdings auf einige wenige Straftätergruppen eingeschränkt blieb und durch seine damalige Parlamentsmehrheit aufgrund von Divergenzen und juristischen Komplikationen nie umgesetzt wurde.

Auch zum heutigen Zeitpunkt erlaubt das geltende französische Recht den Entzug einer zuvor erworbenen Staatsbürgerschaft, unter relativ engen Voraussetzungen, die nun heute juristisch und konzeptuell beträchtlich erweitert werden sollen. Es handelt sich – auf Grundlage der geltenden Regelungen aus den Jahren 1996 und 1998, denen vorherige Gesetze aus den Jahren 1915 (gegen in den deutschen Streitkräften dienende Elsässer und Lothringer) sowie 1973 vorausgingen – faktisch ausschließlich um im Zusammenhang mit Terrorismus verurteilte Personen. Und der Vorgang ist nur dann möglich, wenn der oder die Betreffenden die französische als zweite Staatsangehörigkeit in einem Zeitraum von höchstens zehn Jahren zuvor erworben hat. Dahinter steht die Vorstellung, dass der geäußerte Wunsch einer Zugehörigkeit zu einer „politischen Gemeinschaft der französischen Republik" schon zum Zeitpunkt des Erwerbs der Staatsangehörigkeit, qua terroristischer Gesinnung oder bereits gehegter verbrecherischer Absichten, unecht oder verfälscht gewesen sei. Das Ganze ist unter Anlehnung an vergangene Konzepte vom „Hochverrat" zu verstehen.

Was die Regierung nun plant, geht jedoch erheblich darüber hinaus, da die neue Maßnahme künftig auch alle in Frankreich geborenen und aufgewachsenen Personen betreffen kann, die aufgrund des Geburtsortsprinzips oder ius soli Französinnen oder Franzosen wurden. Zöge man ihnen die französischen Passe ein, beträfe dies Personen, die man rundherum als Produkte der französischen Gesellschaft betrachten muss, die aber dadurch gewissermaßen aus der Nation herausgetrennt und sodann – symbolisch oder auch unmittelbar physisch – in ihnen möglicherweise fremde Länder abgeschoben werden sollen. Hier würde sich das herrschende Recht erheblich an eine Konzeption wie der des FN annähern, die darauf hinausläuft, dass durch das „Bodenrecht" oder ius soli eh viel zu viele Menschen in die französische Staatsbürgerschaft aufgenommen würden, die gefälligst nicht zur Nation dazu zu zählen hätten.

Gegen „einfache" französische Staatsangehörige richtet sich die Drohung mit der Ausbürgerung nicht. Dies wäre im Übrigen auch ein eklatanter Verstoß gegen Regeln des internationalen Rechts, die darauf hinauslaufen, so wenig Staatenlose wie möglich zu „produzieren". Staatenlose, die sich von den Behörden irgendeines Landes nur relativ schwer ausweisen oder gegen ihren Willen „zurückschicken" lassen können, werden vom internationalen Recht als tunlichst in Grenzen zu haltender Ausnahmefall behandelt. Allerdings diskutierte das Regierungslager in der ersten Januarwoche 2016 vorübergehend den Vorschlag einiger Protagonisten vom „linken" Parteiflügel der Sozialdemokratie an, dennoch die Ausbürgerungsmöglichkeit auch auf Franzosen mit einfacher Staatsbürgerschaft auszudehnen, da dies weniger diskriminierend gegenüber Doppelstaatsangehörigen sei. Nach dem ‚mariage pour tous' von 2013 – der „Ehe für Alle", also seitdem auch für homosexuelle Paare – also sozusagen die ‚déchéance pour tous' oder Ausbürgerungsmöglichkeit für Alle. Nach einigem Hin & Her, das für zusätzliche Verwirrung in der Öffentlichkeit sorgte (welche angeblich, je nach Umfrage, zu zwischen 75 % und 85 % die Ausbürgerungsdrohung befürwortet), sprach Premierminister Manuel Valls jedoch ein Machtwort und fegte diese Option vom Tisch; die Ausbürgerungsregelung wird also nunmehr erneut nur für Doppelstaatsbürger/innen diskutiert. Umgekehrt forderte übrigens FN-Vizechef Florian Philippot einerseits, die Ausbürgerungsdrohung dürfe nur für Doppel- und niemals für „einfache" Staatsangehörige gelten, und auf der anderen Seite, sie müsse (neben Terrorismus) auch auf eine Reihe anderer Straftaten ausgeweitet werden. Man sieht also sehr gut: In den Augen des FN ist weit weniger der „Terrorismus" das Hauptproblem, als vielmehr die doppelte Staatsangehörigkeit an und für sich, in welcher in seinen Augen bereits ein Beginn des „Verrats" liegt.

weiter auf Seite 10

Ein vorläufiges Fazit dazu: Nicht nur der FN verteidigt die Maßnahme, die in den Reihen der regierenden Sozialdemokratie – bis hin zu Hollandes Ex-Premierminister Jean-Marc Ayrault und Ex-Parteichefin Martine Aubry –, aber auch unter Verwaltungsrichtern bereits heftige Kritik hervorrief und das Regierungslager zu spalten droht. Während auch die Konservativen gespalten sind, zwischen Zustimmung in der Sache, opportunistischer Gegnerschaft gegen die Regierung aufgrund ihrer politischen Couleur und auch grundsätzlichen Bedenken bei manchen ihrer Protagonisten aus Republiktreue, freut man sich auf der extreme Rechten sicht- und hörbar.

Auch Stiefelfaschisten bejubeln Regierungspläne zur Ausbürgerung

Die gewaltaffine und offen faschistische Strömung um Yvan Benedetti und Alexandre Gabriac, deren Organisationen L'Oeuvre française und Jeunesses nationalistes im Sommer 2013 verboten wurden, jedoch unter der aus den 1950er Jahren übernommenen Organisationsbezeichnung Jeune Nation weitermachen, verteidigen die Maßnahme etwa gegen Kritik. In einem Newsletter vom 27. Dezember 2015 attackieren die ungeschminkt auftretenden Jungfaschisten gezielt Opponenten gegen den Gesetzentwurf, indem mal deren jüdische Herkunft, mal – wie im Falle Daniel Cohn-Bendits – ihre angebliche pädophile Vergangenheit hervorgekehrt und unterstrichen wird.

Am 30. Dezember 15 applaudierte auch der Bloc identitaire, eine andere außerparlamentarische neofaschistische Organisation – das Herzstück der inzwischen auch in Deutschland und insbesondere Österreich anzutreffenden „identitären Bewegung" –, den staatsoffiziellen Ausbürgerungsplänen. In seiner Aussendung sprach er von einem „fundamentalen ideologischen und politischen Sieg" seines politischen Lagers.

Insofern muss der FN wohl auch nicht damit rechnen, von seinen Konkurrenten von rechts aus dem stiefelfaschistischen Spektrum unter Druck gesetzt und des Verrats geziehen zu werden, falls er an diesem Punkt der Regierungsvorlage zustimmt.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 vgl. http://www.opinion-way.com/pdf/opinion_way_pour_le_point_-_la_sociologie_du_vote_au_premier_tour_des_elections_regionales_2015_-_decembre_2015_vdef.pdf //
2 vgl. http://www.publicsenat.fr/lcp/politique/regionales-front-national-tete-chez-ouvriers-jeunes-1157186 //
3 Vgl. http://www.paris.fr/actualites/elections-regionales-tous-les-resultats-par-arrondissement-3158

Ein Toter bei Brand in Hostel

MARZAHN. Heute Mittag brannte es im wegen seiner schäbigen Standards bei der Unterbringung Geflüchteter berüchtigten Berlin Hostel in der Allee der Kosmonauten in Berlin-Marzahn.

Es gab einen Toten, drei Verletzte, davon einen Schwerverletzten. Laut einer Polizeisprecherin vor Ort sei der Brand in einem von einem Deutschen alleine bewohnten Zimmer im 1. OG von innen ausgebrochen. Zu Brandursache und Identität des Toten und der Verletzten konnte sie keine Angaben machen. Die Polizeisprecherin wusste auch nicht, ob aktuell Geflüchtete in dem Hostel untergebracht waren. Die Leiche wurde zur Identifizierung in die Gerichtmedizin gebracht.

Die BewohnerInnen des Berlin-Hostels seien vom Eigentümer alle im Aap-Hotel unterbracht worden, direkt nebenan im zweiten Aufgang des neungeschossigen Gebäudes. Nicht beantwortet werden konnte, ob die Brandmeldeanlage funktionierte und ob der Alarm aufs Zimmer, zur Rezeption oder zur Feuerwehr führt. Auch zu Fluchtwegen gab es keine Angaben. Bewohner sollen über Drehleitern evakuiert worden sein. Die obersten drei Etagen des Hostels würden aktuell renoviert und stünden leer. Der Brand ist vermutlich (nur) telefonisch an die Feuerwehr gemeldet worden.

Die TAZ hatte am 27. September 2015 ausführlich über das Hostel berichtet, http://www.taz.de/!5233010/. Das Bezirksamt habe 2013 die Betriebserlaubnis entzogen, das LAGeSo die Aufnahme per Hostelgutschein verboten. Aus Brandschutzgründen wurden ganze Etagen versiegelt. Der Eigentümer habe dennoch illegal bis zu 200 Flüchtlinge einquartiert. Nach einem Pächterwechsel sei das Haus in Teilen saniert worden und habe – angeblich – eine Direktaufschaltung zur Feuerwehr erhalten. Laut TAZ werden Geflüchtete zumindest im September 2015 weiterhin vom LAGeSo im Aap Hotel bzw. Berlin Hostel unterbracht, wobei beide Häuser getrennt agieren, es sich aber um denselben Betrieb zu handeln scheint.

Laut Abgeordnetenhaus Drucksache 17/17217 habe das LAGeSo Ende Februar 2015 einen Belegungsstopp für Hostel und Hotel wegen Mängeln der Brandmeldeanlage(!) verfügt. Am 5. Oktober 2015 hatte die Amtsärztin darauf hingewiesen, dass das Wasser des Hotels mit Legionellen verseucht sei. Am 21. Oktober 2015 habe die Bauaufsicht mitgeteilt, dass – bis auf eine Tür im Foyer-Bereich des Hostels für die nötigen Rettungswege – die Mängel zur Unterbringung von bis zu 204 Flüchtlingen – 161 im Aap Hotel und 43 im Berlin Hostel behoben seien. Die Nutzung des Hostels war demnach noch nicht freigegeben. Die Nutzung weiterer 600 Plätze liege zur Prüfung bei der Bauaufsicht.

Der Flüchtlingsrat fordert aus diesem traurigen Anlass Senat, LAGeSo, Bezirksämter und Feuerwehr auf, die strikte Einhaltung der Brandschutzvorschriften durch Hostels, Aufnahmeeinrichtungen, Not-, Gemeinschafts- und Obdachlosenunterkünfte engmaschig zu kontrollieren. Einrichtungen die sich daran nicht halten, sind unverzüglich zu schließen.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-berlin.de 27.12.2015 ■

Brand im Heim für jugendliche Flüchtlinge

RUPPERTSHOFEN. In der Silvesternacht brannte ein vor Kurzem aufgemachtes Heim für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Ruppertshofen (Ostalbkreis). Laut Polizei deute aufgrund erster Auswertung von Brandspuren nichts auf eine Brandstiftung. Das Feuer brach in einer Garage aus und griff auf das Haupthaus über, in dem die jugendlichen Flüchtlinge von ihrem Betreuer geweckt und sich in Sicherheit bringen konnten. Es entstand ein Sachschaden von mehreren hunderttausend Euro.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 2.1.2016 ■

Westerode: Hakenkreuz an Geflüchtetenunterkunft

Die GRÜNE JUGEND Göttingen verurteilt die Beschmierung einer zukünftigen Geflüchtetenunterkunft in Westerode mit einem Hakenkreuz und SS-Runen. Sie macht die rassistische und nationalistische Stimmungsmache durch den „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen" direkt für die Tat verantwortlich.

Die GJ ruft zur Teilnahme an den antifaschistischen Protesten des neugegründeten Bündnis „Duderstadt bleibt bunt statt braun" auf. Die Kundgebung gegen den Freundeskreis fand am 10.1. vor dem Duderstädter Rathaus statt. Ein Mitglied äußert sich wie folgt: „Die rechten Kundgebungen in Duderstadt bewirken eine Stärkung der lokalen Neonaziszene. Der Freundeskreis hat Mitgliedern der NPD und der Kameradschaft Northeim eine Plattform geboten und auf seiner Facebook-Seite eine angeblich drohende „Umvolkung" (Ersetzung des „deutschen Volkes" durch „Ausländer") beklagt. Das dem früher oder später Taten folgen würden, war abzusehen. Die Hinter-Leute des Freundeskreises sind deswegen direkt verantwortlich."

Das GJ-Mitglied weiter: „Der Protest gegen Neonazis und ‚besorgte Bürger' ist jetzt wichtiger denn je. Es muss eine klare Reaktion auf diese nationalsozialisti-

sche Hetze gegen Geflüchtete geben, bevor es auch noch zu körperlichen Übergriffen kommt. Wenn Nazis mit NS-Symbolen hantieren, dann müssen sie massiven Gegenwind spüren. Die GRÜNE JUGEND ruft deswegen alle Duderstädter*innen und auch die Göttinger Zivilgesellschaft zur Teilnahme an den Anti-Nazi-Protesten auf. Zeigt Solidarität mit Geflüchteten!“

Quelle: goettingen@gj-nds.de 8.1.2016 ■

Hameln: Brandanschlag auf Flüchtlingsheim

Die Staatsanwaltschaft Hannover hat Anklage gegen die mutmaßlichen Täter eines Brandanschlags auf ein bewohntes Flüchtlingsheim in Salzhemmendorf bei Hameln erhoben. Der Fall, bei dem eine Frau aus Simbabwe und ihre drei Kinder nur knapp dem Feuer entkamen, sorgte Ende August für bundesweites Aufsehen. Zwei Männern im Alter von 25 und 31 Jahren sowie einer 24-jährige Frau werden gemeinschaftlicher versuchter Mord und versuchte schwere Brandstiftung vorgeworfen, wie die Staatsanwaltschaft am Mittwoch mitteilte. Der Prozess soll vor dem Landgericht Hannover verhandelt werden.

Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 28. August aus fremdenfeindlichen Motiven zu dem überwiegend von Asylbewerbern bewohnten Mehrfamilienhaus gefahren zu sein. Dort soll einer der Männer einen selbst gebastelten Molotow-Cocktail durch ein geschlossenes Fenster ins Erdgeschoss geworfen haben. In dem Zimmer habe sich zur Tatzeit allerdings kein Bewohner aufgehalten. Durch den Molotow-Cocktail verschmorte der Bodenbelag in einem Umkreis von etwa einem halben Meter, und es bildete sich starker Rauch.

Der jüngere der beiden angeklagten Männer war Mitglied bei der Freiwilligen Feuerwehr. Er ließ sich unmittelbar nach der Tat nahe der Feuerwehr absetzen und beteiligte sich am Löscheinsatz. Der Mann lebte nur 300 Meter von der Flüchtlingsunterkunft entfernt. Er soll in der rechten Szene aktiv gewesen sein und war nach Medienangaben wegen eines Hitler-Grußes vorbestraft.

Quelle: www.migazin.de, 14.1.2016 ■

Keine Aufklärung, neue Anschläge auf Flüchtlingsheime

HESSEN. Mehr als eine Woche nach den Schüssen auf eine Flüchtlingsunterkunft im südhessischen Dreieich haben die Ermittler weiter keine Hinweise auf die Täter. Die Beamten werteten noch die Spuren des Anschlags aus, sagte die stellvertretende Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft Darmstadt, Barbara Sieger, am Montag dem Evangelischen Pressedienst. Das Ermittlerteam sei inzwischen auf 20 Beamte verringert worden. Strafrechtlich stehe ein Verstoß gegen das Waffengesetz und ein Tötungsdelikt im Raum.

Die Schüsse waren in der Nacht zum 4. Januar auf ein Fenster des Gebäudes abgegeben worden. Ein 23-jähriger Syrer wurde leicht am Bein verletzt, er konnte nach kurzer ärztlicher Behandlung das Krankenhaus verlassen. Der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) gab am 4. Januar bekannt, das Polizeipräsidium Südosthessen arbeite mit Unterstützung des Hessischen Landeskriminalamts mit einem 90-köpfigen Team an der Aufklärung „der feigen Tat“.

Linken-Chef Bernd Riexinger sprach im Zusammenhang mit den Schüssen von einem Staatsversagen beim Kampf gegen rechts. „Rechtsextremismus und Rassismus müssen endlich von der Bundesregierung zur Chefsache erklärt werden“, sagte Riexinger den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Flüchtlinge müssten besser geschützt und Täter entschlossen verfolgt werden. „Dieser feige Angriff ist eine weitere Eskalation der rechten Gewalt gegen Flüchtlinge, die seit langem die Schwelle zum braunen Terror überschritten hat“, sagte der Bundesvorsitzende der Linkspartei.

Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU), der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und weitere Landespolitiker hatten die Schüsse verurteilt und eine schnelle Aufklärung gefordert.

Derweil wurde auf eine gerade fertiggestellte Asylbewerberunterkunft im münsterländischen Raesfeld ein Brandanschlag verübt. Ein unbekannter Täter schüttete am Sonntagabend Brandbeschleuniger in das noch unbewohnte Gebäude und legte Feuer, wie die Staatsanwaltschaft Münster und die Polizei mitteilten. Die Feuerwehr löschte den Brand. Nach Polizeiangaben entstand ein Sachschaden von rund 20.000 Euro. Die Staatsanwaltschaft geht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus.

Die Abteilung Staatsschutz des Polizeipräsidiums Münster ermittelt. Bei dem Gebäude in der Gemeinde bei Borken handelt es sich um eine ehemalige Gaststätte, die zur Flüchtlingsunterkunft umgebaut worden war. Die Chancen auf eine Aufklärung der Tat dürften auch in diesem Fall eher schlecht stehen, wie Experten kritisieren. Sie bemängeln, dass Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte kaum aufgeklärt werden.

Quelle: www.migazin.de, 13.1.2016 ■

Am 2.1.,Samstagabend 19:45 Uhr war es über den Ticker gegangen: Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Köln-Mülheim. Auf den benutzten Bengalos stand Pegida NRW. Die Täter konnten festgenommen werden. Der Antifa AK Cologne fuhr noch am Abend zu der angegebenen Adresse und sprach mit der betroffenen Familie. Die anfangs erschrockenen Leute wollten es gar nicht glauben, dass sofort Deutsche gegen die Taten auftreten, die andere Deutsche kurz vorher begangen haben. Am nächsten Morgen ging über die sozialen Netzwerke: Sonntagmittag, 15 Uhr, Treffen auf dem Wiener Platz (dem zentralen Platz in Mülheim). Mit der Familie hatte man sich geeignigt, nicht direkt am Haus vorbeizuziehen. So zogen wir anfangs mit 400-500 Leuten durch vier zentrale Straßen in Mülheim, darunter die Keupstraße (Foto), und kamen nach 1,5 Stunden mit über 600 wieder am Wiener Platz an. Zu dem Schock eines Anschlags im Stadtteil, gleich zu Beginn des Jahres, kam die Freude, dass so schnell so viele Leute zusammenkamen, um dagegen zu demonstrieren. pb ■

Keine Abschiebungen von Roma in die Balkanstaaten!

CUXHAVEN. Dies forderten Mitglieder und Unterstützer des Arbeitskreises Asyl Cuxhaven anlässlich der Massenabschiebung von 125 Roma aus Niedersachsen in den Kosovo, darunter auch drei Roma aus dem Landkreis Cuxhaven. Der Arbeitskreis möchte verhindern, dass ganze

Familien mit Kindern auch aus der Stadt Cuxhaven abgeschoben werden.

Er beklagte die Geschichtsvergessenheit der Regierungen und Behörden und erinnerte daran, dass ebenfalls am 16. Dezember (1942) Himmler mit dem sogenannten „Auschwitz-Erlass“, die Deportation von Sinti und Roma aus ganz Europa in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau anordnete – unter ihnen 10.000 deutsche Sinti und Roma aus dem damaligen Reichsgebiet.

Insgesamt wurden im besetzten Europa mehrere Hunderttausend Sinti und Roma in Konzentrationslagern oder durch Einsatzgruppen der SS ermordet.

Quelle: asyl@incuxhaven.de 25.12.2015 ■

Bayern „konzentriert“ Balkan-Flüchtlinge in Sonderlagern

BAYERN. Seit ihrer Eröffnung in Manching und Bamberg stehen die Balkan-Sonderlager der Bayerischen Staatsregierung in der Kritik. Flüchtlinge aus Balkan-Staaten sollen, so die offizielle Begründung, gleich nach der Ankunft in diesen Lagern untergebracht und ihre Asylanträge unmittelbar abgelehnt werden. Bis zur Ausreise oder Abschiebung müssen sie in diesen Unterkünften bleiben. Doch entgegen der staatlichen Planungen kommen in Folge der Abschreckungspolitik nur noch wenige Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten in Bayern an. Deshalb werden nun alle Balkan-Flüchtlinge in Bayern in den Sonderlagern zusammengetrieben, darunter viele Menschen, die schon viele Jahre in Deutschland leben. Auch schwer kranke Flüchtlinge, die sich in stationärer Behandlung in Krankenhäusern befinden und nicht transportfähig sind, sollen nun umziehen. Kinder, die bisher an ihren Wohnorten in die Schule gingen, werden aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen und neuerdings direkt in den Lagern in Klassen à ca. 45 Kindern beschult.

Welche Absicht wirklich mit den Balkan-Sonderlagern verfolgt wird, darüber gibt der Umverteilungsbescheid der Regierung von Oberfranken, der in den letzten Wochen mehrfach versandt wurde, beredt Auskunft:

„Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, Ausländer aus sicheren Herkunftsstaaten mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit in der für sie zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu konzentrieren. Dies dient unmittelbar der Verfahrensbeschleunigung und damit dem öffentlichen Interesse an einem möglichst effizienten Einsatz öffentlicher Mittel. Dieser effiziente Mitteleinsatz ist angesichts des massenhaften Zustroms von Ausländern unverzichtbar.“

Der Bayerische Flüchtlingsrat zeigt sich entsetzt über die gedanken- und gewissenlose Wortwahl der Regierung von Oberfranken und fordert die sofortige Schließung der Abschiebelager in Bamberg und Manching!

Quelle: www.fluechtlingsrat-bayern.de 18.12.2015 ■

Vereinfachtes Asylverfahren abgeschafft

BERLIN. Wie auf der jüngsten Innenministerkonferenz beschlossen, wurde das vereinfachte Verfahren für Asylsuchende aus Syrien, Eritrea und dem Irak abgeschafft. Seit 1.1.16 gilt nun wieder, dass alle Asylsuchenden das Verfahren mit persönlicher Anhörung durchlaufen müssen. Beschleunigte schriftliche Verfahren gehören damit vorerst der Vergangenheit an. Bei vorgenannten drei Staaten liegen im Zeitraum 01-11/2015 bereinigte Schutzquoten von über 99 % vor:

Syrien: 100 %
Eritrea: 99,5 %
Irak: 99,4 %

Mit der Änderung der Bearbeitungspraxis steht zu befürchten, dass Asylsuchende aus den drei Staaten wieder mit längeren Verfahrensdauern rechnen müssen. Auch alle anderen Asylsuchenden müssen damit rechnen, dass eine grundsätzliche flächendeckende Beschleunigung der Asylverfahren alsbald nicht erreicht werden wird.

Flüchtlingsrat Niedersachsen 4.1.2016 ■

Große Koalition im Verschärfungswahn

„Es ist erschreckend, in welchem Tempo die Koalitionsparteien immer neue, offen rechtswidrige Asylrechtsverschärfungen fordern. Noch erschreckender ist es allerdings, dass diese geforderten Maßnahmen meist nur wenige Wochen später als Gesetz verabschiedet werden. Anscheinend schert sich die große Koalition weder um Menschenrechte noch um Rechtsstaatlichkeit“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Asylpolitik der großen Koalition und die aktuellen Forderungen nach einer Residenzpflicht auch für anerkannte Flüchtlinge. Jelpke weiter:

„Dass Menschen dorthin ziehen, wo sie Arbeit und sozialen Anschluss finden, ist völlig nachvollziehbar. In den Großstädten gibt es mehr Sprachkurse, mehr interkulturellen Austausch, mehr Jobs – kurz: mehr Möglichkeiten zur Integration. Wenn diese Strukturen auch außerhalb der Ballungsgebiete gewährleistet sind, werden diese Regionen automatisch attraktiver – so einfach ist das. Aber anstatt dieses Ungleichgewicht anzugehen, fordern Gabriel & Co lieber eine gesetzeswidrige Zwangsverteilung von Schutzsuchenden.

Wer als Flüchtling anerkannt ist, hat das Recht, sich frei zu bewegen und selbst zu entscheiden, wo er wohnen und arbeiten möchte. Dieses Recht auf Freizügigkeit ist national und international anerkannt und kann von der Bundesregierung nicht einfach mit dem gesetzgeberischen Bulldozer plattgemacht werden. Während Konzepte und Strategien zur Integration noch immer fehlen, ist die große Koalition niemals um ein Scheinargument für weitere Verschärfungen des Asylrechts verlegen.“ *www.ulla-jelpke.de* ■

Straffällige Syrer kann man gar nicht abschieben

Die Debatte um eine Verschärfung der Abschieberegeln für kriminelle Asylbewerber ist nach Einschätzung von Experten realitätsfern. Man könne bei Abschiebungen nicht härter durchgreifen. Das sei „Scheinaktivismus“, kritisiert der Frankfurter Asylrechtsexperte Victor Pfaff. „Einen Asylantragsteller wegen Straffälligkeit auszuweisen und dann auch abzuschieben, ist eine ganz schwierige Sache“, sagte der Anwalt am Freitag in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst. Selbst wenn er verurteilt würde, könne er nur abgeschoben werden, wenn flüchtlingsrechtliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen. „Einen Syrer wird man nicht abschieben können“, betonte Pfaff.

Die Europäische Menschenrechtskonvention verbietet Abschiebungen, wenn den Betroffenen im Heimatland Folter oder unmenschliche Behandlung droht. „Zwischen Ausweisung und Abschiebung gibt es einen großen Unterschied, der vielen nicht klar ist“, sagte Pfaff. Den Eindruck zu erwecken, man könne bei Abschiebungen härter durchgreifen, bezeichnete er als „Scheinaktivismus“.

Der auf Ausländer- und Asylrecht spezialisierte Jurist bezweifelt auch die Umsetzbarkeit des Vorschlags von Vize-Kanzler Sigmar Gabriel (SPD), in Deutschland straffällig gewordene Ausländer im Heimatland die Haftstrafe verbüßen zu lassen. „Es gibt Abkommen, die regeln, wann jemand zur Strafvollstreckung in sein Heimatland überstellt werden kann. Aber das ist sehr kompliziert“,

erläuterte Pfaff. Nach Angaben des Bundesjustizministeriums muss in jedem Einzelfall das zuständige Oberlandesgericht darüber entscheiden.

Pfaff betonte, bereits nach derzeitiger Rechtslage könne ein Asylbewerber oder anerkannter Flüchtling bei Straffälligkeit ausgewiesen werden, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht. „Es gibt in den Gesetzen überhaupt keine Lücken", sagte er. Zudem warnte er davor, durch die Debatte Ressentiments zu schüren. Man wisse noch nicht, wer die Täter waren, betonte der Anwalt.

Quelle: www.migazin.de, 11.1.2016 ■

CSU-Generalsekretär fordert Abschiebungen ohne Prozess

Die Bundesregierung will straffällige Ausländer künftig leichter ausweisen. Einigen geht das nicht weit genug: Der CSU-Generalsekretär fordert eine Abschiebung noch vor dem Prozess. Das sorgt für Empörung.

Forderungen nach einer Abschiebung mutmaßlich krimineller Ausländer noch vor einem Strafprozess stoßen in der Bundesregierung auf Ablehnung. „Wer verdächtige Flüchtlinge ohne Prozess abschieben will, hat offensichtlich nicht verstanden, dass wir in einem Rechtsstaat leben", schrieb Maas am Donnerstag im Kurznachrichtendienst Twitter. Entsprechende Forderungen kamen zuvor vom sächsischen Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth (CDU) und CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer. Mackenroth sagte MDR Info: „Wer mehrfach und intensiv gegen unsere Strafgesetze verstößt, der hat hier nichts zu suchen und muss zurückgeführt werden." Er schlug vor, dem Ausländerrecht Vorrang vor dem Strafrecht einzuräumen. Damit werde verhindert, dass ein laufender Strafprozess den Beschuldigten vor einer Abschiebung schütze. Das Ausländerrecht kenne keine Unschuldsvermutung, sagte er.

Scheuer sagte der Mediengruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung, nicht erst das Strafmaß nach einer Verurteilung solle Grundlage für eine mögliche Abschiebung sein, sondern bereits ein Delikt. „Wenn die Beweislage eindeutig ist, darf es keine Toleranz gegenüber Straftätern geben", sagte er.

Erst in dieser Woche hatten sich Justizminister Maas und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) auf verschärfte Regeln bei Ausweisungen von Ausländern verständigt. Künftig soll in bestimmten Deliktsbereichen bereits eine Bewährungsstrafe ausreichend für das sogenannte Ausweisungsinteresse sein. Bislang liegen die Hürden höher – bei mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe.

Scheuer sagte mit Hinweis auf diese Einigung, er wolle „einen Schritt weiter gehen".

Für Empörung sorgte die Forderung auch bei den Grünen. „Die Unschuldsvermutung ist eines der Grundprinzipien eines jeden Rechtsstaates und gilt für alle Menschen – ausnahmslos", sagte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Anton Hofreiter. Er warf der CSU „rassistischen Populismus" vor.

Sarkastisch reagierte auf den Scheuer-Vorstoß auch der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB). In einem offenen Brief belehrt der TBB Scheuer über die Grundsätze der Unschuldsvermutung, da er „offensichtlich in der Schule nicht aufgepasst habe". Der TBB Vorstand verabschiedet sich mit den Worten: „Auf Ihren Rücktritt oder Ihre Entlassung durch CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer wartend verbleiben wir hochachtungsvoll."

Quelle: www.migazin.de, 15.1.2016 ■

Überstellungen nach Griechenland unverantwortlich

„Die EU-Kommission plant, ab März 2016 Asylsuchende im Rahmen des Dublin-Systems wieder nach Griechenland zurückzuschicken. Die Bundesregierung ist angeblich noch unentschlossen, ob der Anfang nächster Woche auslaufende Überstellungsstopp in Bezug auf Griechenland verlängert wird. Es ist und bleibt angesichts der aktuellen Zustände in Griechenland jedoch völlig unverantwortlich, Schutzsuchende dorthin zurückzuschicken", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, eine Antwort des Bundesinnenministeriums vom 5. Januar 2016 auf eine Schriftliche Frage zu einer geplanten Wiederaufnahme von Dublin-Überstellungen nach Griechenland. Jelpke weiter: „2015 stand Griechenland an der Schwelle zu einer humanitären Katastrophe, weil sich die EU-Mitgliedstaaten nicht auf eine solidarische und humanitäre Aufnahmepolitik verständigen konnten. Noch immer befindet sich das Land in einer existenziellen Notlage, und es ist mit der menschenwürdigen Aufnahme, Unterbringung und Asylprüfung für Hunderttausende Flüchtlinge objektiv überfordert. In der Realität fehlen in Griechenland aber ganz grundlegende Strukturen und Kapazitäten zur Flüchtlingsaufnahme und –versorgung. Weder das 2013 eingeführte Asylsystem, noch die neu geschaffenen Hotspots können den menschenwürdigen Umgang mit Schutzsuchenden in Griechenland sicherstellen. Das weiß auch die Bundesregierung – insofern muss der am 12. Januar 2016 auslaufende Überstellungsstopp nach Griechenland auf jeden Fall verlängert werden.

Die unerträglichen Zustände bei der Flüchtlingsaufnahme in der EU sind dem Dublin-System geschuldet, das Schutzsuchende in der EU menschenunwürdig hin- und herschiebt und die EU-Staaten an den Außengrenzen massiv benachteiligt. Deswegen brauchen wir in Europa ein System, in dem Schutzsuchende ihr Zufluchtsland entsprechend bestehender familiärer Kontakte oder vorhandener Sprachkenntnisse selbst bestimmen können und entstehende Ungleichverteilungen innerhalb der EU finanziell ausgeglichen werden („free choice"-Modell, vgl. Antrag BT-Drucksache 18/4838). Angesichts der Blockade-Situation in der EU in Bezug auf ein Quoten-Verteilungssystem, sollten die Kommission und die Bundesregierung eine solche grundlegende Alternative endlich ernsthaft prüfen."

Quelle: www.ulla-jelpke.de, 7.1.2016 ■

Abschottung zwingt Frauen und Kinder auf die Boote

PRO ASYL appelliert: Recht auf den Familiennachzug nicht antasten, Aufnahme von Familienangehörigen ermöglichen, aktiv werden gegen das Sterben auf dem Meer.

Immer mehr Frauen, Kinder und Kleinkinder flüchten über das Meer nach Griechenland und dann weiter. Der Anteil der Minderjährigen bei der Ankunft in Griechenland ist laut UNHCR von 16 % im Juni auf 28 % im November 2015 gestiegen, der Anteil erwachsener Frauen von 11 % auf 17 %. Bei der Ankunft auf der griechischen Insel Chios lag der Anteil der Kleinkinder bis 4 Jahre im Juni noch bei 4 %, im November hat er sich auf 11 % erhöht, der Anteil der 5-17-Jährigen hat sich gar von 12 % auf 24 % verdoppelt. Für Samos liegen ähnliche Zahlen vor. Mehrere Hundert Menschen, darunter viele Kleinkinder und Kinder, sind in den vergangenen Wochen ertrunken oder wegen Unterkühlung gestorben. Kinder sind bei der Flucht mit seeuntauglichen Booten einem erhöhten Todesrisiko ausgesetzt.

PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt appelliert an die Vertreterinnen und Vertreter von CDU/CSU und SPD „angesichts der täglichen Tragödien „das Recht auf den Familiennachzug für Flüchtlinge nicht anzutasten. Zudem müssen das Bundesprogramm zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge mit Angehörigen in Deutschland wieder aufgenommen und die Länderaufnahmeprogramme fortgeführt werden." Bis Februar 2014 konnten in Deutschland lebende syrische Flüchtlinge Angehörige aus dem Kriegsgebiet mit dem Bundesprogramm in Sicherheit bringen. In diesem Jahr laufen auch etliche Aufnahmeprogramme der Länder aus, in Bayern gab es nie eines.

Innerhalb Deutschlands zielten die politischen Bemühungen der letzten Wochen darauf ab, syrischen Flüchtlingen den Flüchtlingsstatus zu verweigern und das Recht auf Familiennachzug zu beschränken. Die Bundesregierung will den Familiennachzug für subsidiär geschützte Men-

schen zwei Jahre lang ganz aussetzen und auch danach restriktiv handhaben.

Der drastische Anstieg der flüchtenden Frauen und Kinder ist auch eine Panikreaktion auf die Abschottungssignale aus Deutschland und Europa. Die Ankündigung, die Grenzen zur Türkei zu schließen und das Vorhaben von CDU und CSU, den Familiennachzug nach Deutschland zu verhindern, kommen auch bei den Flüchtlingen an. „Es gibt eine enorme Angst. Viele versuchen nun, die vermeintlich letzte Chance zu ergreifen, aus der Krisenregion zu entkommen," so Burkhardt. Die europäischen Staaten entwickeln sich zusehends zur Abschottungsgemeinschaft. Die Versuche, die Türkei mit allen Mitteln dazu zu bringen, Flüchtlinge von Europa fernzuhalten, haben bereits fatale Folgen. Die neuesten Zahlen zeigen: Die verzweifelten Menschen gehen jedes Risiko ein, das Resultat sind immer mehr Tote im Mittelmeer.

PRO ASYL fordert daher, alles zu tun, um das Sterben zu beenden. Statt die wenigen legalen und sicheren Wege noch weiter zu beschränken, müssen diese in Deutschland und Europa massiv ausgebaut werden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 23.12.2015 ■

Appell an die Bundesregierung: Stoppt den Kurdistankrieg!

Der Appell „Kurdistankrieg stoppen!" ist im Namen einiger ErstunterzeichnerInnen am 30.12.2015 an Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier gegangen. Weitere Unterschriften werden erbeten, um spätestens zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März an diesen Appell zu erinnern. Denn der Krieg geht leider mit unverminderter Heftigkeit in Nordkurdistan/Südostanatolien weiter mit Überfällen, Attentaten und Verhaftungen, was wir in unseren Medien nicht so detailliert mitbekommen.

Wer den Appell auch unterzeichnen will, kann das online auf dieser Webseite tun:

www.kurdistankrieg-stoppen.de

Müllers Lagerpolitik – Neue Pläne für das Tempelhofer Feld vorgelegt

Berlin. Die Berliner Zeitung berichtet am 8. Januar unter dem beschönigenden Titel „Ein Flüchtlingsdorf für Tempelhof" ausführlich über die neuen Senatspläne für den Flughafen Tempelhof, dessen Vorfeld und das Tempelhofer Feld.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hatte in Reaktion auf unsere gemeinsame Pressekonferenz am 4. Januar 2016 mit der Initiative 100 % Tempelhofer Feld und Achitektenverbänden noch am selben Tag die jetzt in der Berliner Zeitung veröffentlichen Planungen für fünf Blumenhallen auf dem Tempelhofer Feld der Presse übersandt. Die für die Hallen E1 bis E5 angebenen Flächen pro Halle von 4250 m2 für jeweils 700 Personen ergeben nur ca. 6 m^2/Person.

Von den 6 m^2 sind die Gemeinschaftsflächen abzuziehen, wie Eingangsbereich/Pforte, Flure, WCs und Duschen, MitarbeiterWC, MitarbeiterTeeküche und -Sozialraum, Putzraum, Abstellraum, Verwaltung, Security, Sozialarbeit, Kinderzimmer, Krankenzimmer, Gemeinschaftsraum, Essraum usw. Somit dürften wie auch in den Hangars selbst wieder nur 2 m^2 /Person als Wohn/Schlaffläche übrigbleiben. In den ebenfalls übersandten Plänen „Suchraum A/B" für die Blumenhallen steht demzufolge auch „Schlafbereiche/Kabinen".

Aus Sicht des Flüchtlingsrats sind diese Pläne des Senats absolut inakzeptabel.

Eingeschränkte Standards sind – wenn überhaupt – allenfalls als kurzfristige Notlösung für wenige Tage etwa für eine spontan notbelegte Turnhalle nachvollziehbar. Es ist aber nicht hinnehmbar, wenn der Berliner Senat mit der Errichtung riesiger Lagerhallen ganz bewusst Neubau-Substandards für Flüchtlingsunterkünfte plant und sich von den in Berlin seit über 30 Jahren geltenden Mindestwohnflächen nach den Qualitätsstandards des LAGeSo für Flüchtlingsunterkünfte von mindestens 6 - 9 m2/Person reine Wohnfläche, zuzüglich der Gemeinschaftsflächen, und den insoweit identischen Maßgaben nach § 7 des Berliner Bau- und Wohnungsaufsichtsgesetzes verabschiedet, um in voller planerischer Absicht Menschen wie Waren auf nur noch 2m2/Person in Blumenhallen zu verstauen.

Der Senat plant auf dem Vorfeld des Flughafens Tempelhof als Teil des Flüchtlingslagers auch den Neubau einer Schule, eines Jobcenter, Sporthallen und eine Großküche. Das würde kein Flüchtlingsdorf, sondern ein Flüchtlingsghetto.

Wozu ein „Jobcenter", wenn die Menschen nachts in den Hallen nicht schlafen können, ihre Papiere nicht sicher verwahren können, wie soll sich jemand da qualifizieren oder arbeiten gehen? In den Unterkünften auf dem Tempelhofer Feld werden hoch motivierte und qualifizierte geflüchtete Menschen psychisch und physisch zugrunde gerichtet, dauerhaft traumatisert und erwerbsunfähig gemacht.

Wozu Großküchen, wenn es um erwachsene Menschen geht, die selber für sich kochen können und wollen? Kochen und Essen ist das Minimum an selbstbestimmter Alltagsgestaltung für geflüchtete Menschen, das den Menschen durch solche entmündigende Konzepte bewusst genommen wird.

Wozu eine Lagerschule, wo doch der Erwerb der deutschen Sprache im Kontakt mit einheimischen Kindern am besten gelingt? Der Flüchtlingsrat fordert die Aufnahme der geflüchteten Kinder in reguläre Kitas und Schulen. Nur dort kann die Inklusion in die Aufnahmegesellschaft gelingen.

Wozu Sporthallen, wenn anderwo in der Stadt Sporthallen mit Flüchtlingen belegt werden? Es liegt nahe, dass diese Sporthallen in Wahrheit nur als weitere Flüchtlingsunterkunft genutzt werden sollen.

Die geplante Ausweitung des Massenlagers in Tempelhof auf 8500 Menschen soll vom Senat mit sehr viel Geld für Caterer, Betreiber, Gebäude und Infrastruktur finanziert werden. Für solche Unterkünfte werden in Berlin vom Senat nach den aktuell verwendeten Vorverträgen (in Ergebnis handeln die Betreiber meist höhere Sätze aus) an die Betreiber 10 Euro/PersonTag für eine minderwertige Fremdverpflegung gezahlt. Des weiteren zahlt der Senat mindestens 15 Euro/Person/Tag an die Betreiber für Verwaltung, Personal und Gewinn. Zudem zahlt der Senat die Miete und Heizung (hier für die Hangars), die Errichtung der Gebäude auf dem Vorfeld und dem Tempelhofer Feld, sowie die gesamte Ausstattung und Infrastruktur. So kommt man schnell auf Wohnkosten von 1000 Euro/Person/Monat und mehr für eine Wohnfläche von nur 2 m^2. Maximaler Aufwand, minimales Ergebnis!

Der Flüchtlingsrat hat bei der Pressekonferenz am 4. Januar 2016 gemeinsam den mit Architektenverbänden erarbeiteten Stufenplan „Alternativen zu den Massenunterkünften jetzt" sowie einen ausführlichen 18 Punkteplan mit umfassenden konstruktiven Vorschlägen und Konzepten für Wohnungen statt Lager vorgelegt. Daran sollte der Senat sich orientieren, statt in Tempelhof ein teures, ausgrenzendes und diskriminierendes Massenlager zu errichten!

Quelle: www.fluechtlingsrat-berlin.de 8.1.2016 ■

Hamm bleibt Nazihochburg

Auch 2015 waren Neonazis in Hamm kontinuierlich aktiv. Auffällig im Vergleich zu den Vorjahren war insbesondere die Fokussierung auf das Thema „Geflüchtete“. Stimmungsmache gegen diese war auch in den Vorjahren immer wieder Teil des „Parteiprogramms“, 2015 machte das Thema den Schwerpunkt der politischen Arbeit aus. Nicht grundlos, fand doch die Aggression der mehrheitlichen, deutschen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten seit dem Anfang der 90er nicht mehr einen derartigen Höhepunkt wie im vergangenen Jahr. Erleichtert wurde diese Entwicklung durch den Rechtsruck größerer rechter Parteien, wie beispielsweise CDU/CSU und AfD, die rassistische Inhalte weiter gesellschaftsfähig gemacht haben.

Generell gab sich „Die Rechte“ 2015 „bürgernah“: Zum neuen Schuljahr wurden Schulstartpakete an deutsche Familien verteilt, sowie aufgrund einer Vergewaltigung im Hammer Osten Pfeffersprays an deutsche Frauen ausgegeben.

Im Zusammenhang mit der Hetze gegen Geflüchtete steht auch eine starke Vernetzung mit den Strukturen des Kreisverbandes Dortmund von „Die Rechte“ . Ein Beispiel hierfür sind eine Vielzahl von Demonstrationen gegen Asylunterkünfte in Dortmund, bei denen „Die Rechte“ Hamm zugegen war. Im Gegenzug nahmen Dortmunder Neonazis an der Kundgebung gegen die Alfred-Fischer-Halle als Übergangsunterkunft teil. Darüber hinaus nahmen Mitglieder des Hammer Kreisverbandes an einer AfD-Demonstration in Oelde teil.

Berührungsängste scheint es keine zu geben.

Weiterhin aktiv ist auch die Kooperation zwischen „Die Rechte“ und der NPD, vorrangig mit deren Kreisverband Unna/Hamm, was sich besonders deutlich an der gemeinsamen Organisation von Vortragsveranstaltungen zeigt.

Neben dem „Kampf um die Straßen“ organisierte “Die Rechte” Hamm mehrere Saalveranstaltungen mit Geschichtsrevisionisten (Olaf Rose) und Holocaust-Leugnerinnen (Ursula Haverbeck, auf die eine 10-monatige Haftstrafe wartet) in den Räumlichkeiten am Kentroper Weg. Auch mindestens zwei Rechtsrock-Konzerte fanden dort statt.

Im Gegensatz dazu bleibt es im Rat der Stadt Hamm relativ ruhig um „Die Rechte“. Es wurden auch in diesem Jahr mehrere Anfragen und Anträge an und in den Rat getragen, beispielsweise eine

Aufschlüsselung Hammer Geflüchteter nach Alter und Geschlecht. Für die Arbeit des Rates waren diese Anfragen jedoch eher unbedeutend.

Den gewalttätigen Höhepunkt des Jahres stellte ein Angriff von 20-30 Neonazis, sowohl aus Hamm als auch aus anderen Städten, auf eine Gruppe alternativer junger Menschen dar. Mehrere der Angegriffenen mussten anschließend ambulant behandelt werden.

Es ist nicht zu verkennen, dass die Hammer Neonazistrukturen auch im vergangenen Jahr kontinuierlich ihre Ressourcen dafür genutzt haben, Hamm ihren menschenverachtenden Stempel aufzudrücken. Einen wichtigen Beitrag liefern dafür die Räumlichkeiten am Kentroper Weg: Sie fungieren als Location für Parties am Wochenende, als möglicher Raum der internen „Bildung“, als Veranstaltungs- und Rückzugsort. Die Dringlichkeit, diesen Raum zu thematisieren und offen zu legen, ist heute genauso gegeben wie 2013, als etwa 30 Nazis aus den Räumlichkeiten heraus einen bewaffneten Angriff auf linke Jugendliche starten. Auch im Nachgang der diesjährigen Demonstration gab es wieder einen Zusammenstoß mit bewaffneten Nazis in unmittelbarer Nähe zum Kentroper Weg.

„Damit sich dieser Zustand ändert, muss die Hammer Politik endlich anfangen diesen Ort zu thematisieren und sich dafür einsetzen, diesen den Hammer Nazis wieder zu nehmen.”, so Michael Tillmann, Sprecher der Antifaschistischen Aktion Hamm.

Antifaschistische Aktion Hamm

Die vollständige Chronik kann unter http://aah.noblogs.org/files/2016/01/Aktivitaeten.pdf heruntergeladen werden.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Europa soll Militär einsetzen gegen Geflüchtete

Junge Freiheit Nr. 53/15-1/16
vom 1. Januar 2016

Die sogenannte Asylkrise bringt das Blatt, das die EU immer kritisiert hat, dazu, nunmehr staatliches Handeln von der EU zu verlangen. In der Kritik am Frontex-Einsatz schreibt Blattautor *Paul Rosen*: „So verfährt die EU bei der Aufstockung der europäischen Grenztruppe nach einem ganz alten Muster. Sie gründet zur Bewältigung der Probleme (Masseneinwanderung) eine Behörde mit ein paar hundert Beamten und ein paar Schiffen (Frontex). Die bekommen das Problem, das im Zweifel ohnehin nur Militär lösen könnte, nicht im Entferntesten in den Griff. Die EU sattelt jetzt nicht auf die gebotene Lösung (Militär) um, sondern erklärt das Scheitern von Frontex mit zu schlechter Finanzierung und Ausstattung."

Das ist schon eine eigenartige Aufwertung der Europäischen Union von einem Blatt, das sonst gegen jede Stärkung der EU polemisiert. Gemeinsamer europäischer Militäreinsatz – unter welchem Kommando? Militär muss es auf jeden Fall sein, um Europa vor „Multikulturalität" zu bewahren.

Steinig nach oben?

Junge Freiheit Nr. 53/15-1/16
vom 1. Januar 2016

Chefredakteur *Dieter Stein* berichtet stolz, das Blatt habe nun nach 30jähriger Existenz mit ca. 26.000 verkauften Exemplaren seine höchste Auflage erreicht – im letzten Jahr seien 3000 Exemplare dazu gekommen:

„Immer wieder kamen Gerölllawinen auf uns zu, wurden uns Felsbrocken in den Weg gelegt. Manchmal verirrten wir uns auf Nebenpfaden, brachen Seilschaften auseinander, gaben Mitstreiter auf, zweifelten am Weg oder hatten keine Hoffnung mehr. Wir haben jedoch letztlich durchgehalten – und setzen uns durch … Auch wir verprellen manchmal Leser. Wir können nicht alle mitnehmen. Manche betrachten eine Zeitung wie einen Omnibus, in dem man eine Weile mitfährt und auch wieder aussteigt. Wir sind dankbar für alle, die seit Jahren bei uns sind und uns durch dick und dünn begleitet haben. Wir werden weiterhin kritisch, unbequem und offen für Neues sein. Bleiben Sie uns treu." Gleichzeitig erhöht das Blatt die Verkaufspreise.

Silvester in Köln – der Anfang vom Polizeistaat?

Junge Freiheit Nr. 2/16
vom 8. Januar 2016

Noch sind die Umstände der sexuellen Angriffe und Diebstähle in der Kölner Silvesternacht nicht aufgeklärt, die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei dauern an. Dennoch weiß das Blatt, dass nun die Polizei hart durchgreifen müsse, denn Ursache seien die unterschiedlichen Kulturkreise:

„Wenn junge Männer aus dem orientalischen Kulturkreis zu Hunderttausenden, ja Millionen ins Land strömen, ohne ihre Einstellungen abzulegen, die mit einer freien Gesellschaft nicht vereinbar sind. Wenn sie die dünne Kohorte der einheimischen Gleichaltrigen majorisieren und auf verschüchterte, geistig entmannte junge Deutsche treffen, die weder mental noch zahlenmäßig verteidigungsbereit sind … In multikulturell fragmentierten Gesellschaften kann eine zivil-zurückhaltende Polizei die Ordnung nicht mehr aufrechterhalten. Sie wird zahlenmäßig verstärkt und aufgerüstet werden und auch härter durchgreifen müssen, um zu verhindern, dass das Land im Chaos versinkt. Für die Bürger bedeutet das in der Konsequenz den immer weitergehenden Verzicht auf selbstverständlich gewordene Freiheiten und den gewohnten Lebensstil. Den Preis für politisches Versagen bezahlen, wie stets, die ganz normalen Leute. Köln war erst der Anfang."

Nun sind bislang weder Millionen junger Männer aus dem Orient eingewandert, noch sind sie in irgendeiner Alterskohorte in der Mehrheit. Und die kulturellen Vorstellungen der arabischen und der europäischen Welt sind – soweit sie religiös begründet werden – nicht weit voneinander entfernt. Die abrahamitischen Religionen sind sich in ihren Wertvorstellungen sehr ähnlich.

Und ganz sicher ist: gesellschaftliche Konflikte werden nicht durch einen Polizeistaat gelöst, sondern durch die Auseinandersetzung in der Zivilgesellschaft.

Zeitenwende?

Junge Freiheit Nr. 3/16
vom 15. Januar 2016

Auch diese Ausgabe ist voll mit Aufsätzen und Interviews über die Vorgänge der Kölner Silvesternacht. Nun titelt das Blatt, Köln markiere eine „Zeitenwende". Nun dürfe endlich gesagt werden, dass ausländische Männer mehr Frauen vergewaltigen als inländische Männer. Was nicht stimmt. Die übergroße Zahl der Vergewaltigungen findet im häuslichen Umfeld statt. Schlimm genug, was in Köln passiert ist – die Zahl der versuchten Vergewaltigungen ist übersichtlich. Für das Blatt ist die Kölner Silvesternacht ein willkommener Anlass, gegen die Geflüchteten als kulturfremde, enthemmte Horden zu hetzen.

uld ■

Ergebnis der Spenden-Aktion für die Antifaschistischen Nachrichten
Spendenstand, 18.1.2016: 2.120,– Euro
BLZ: 370 100 50, Postbank Köln
Kto: 104 19 507
IBAN: DE 95 3701 0050 0010 4195 07
BIC PBNKDEFF370

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern!

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370